DEMOKRATISCHER INFORMATIONS DIENST

RUB Bochum
Inst. z. Erforschung
europ. Arbeiterbew.
SZD 1747

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee Oktober 1986 Nr. 63 2,–

Wer sind die Feinde des Volkes?

Inhalt:

Eigentor für Strauß ..... Seite 2
„Wer den Kampf nicht geteilt hat ..." ..... Seite 3
Interview ..... Seite 9
Wirtschaftsflüchtlinge? ..... Seite 10
Türkei ..... Seite 11
Golfkrieg ..... Seite 14
SRi Lanka ..... Seite 15
30 Jahre KPD-Verbot ..... Seite 18
Buchtip ..... Seite 23
Strauß in Aktion ..... Seite 23
Antifaschisten in Aktion ..... Seite 27

Eigentor für Strauß

Strauß und 20 andere 2500 - Watt - Lautsprecher im Spiegel der ihm wohlgesonnenen Lokalpresse:

„Chaoten, Anarchisten, Feinde des Rechtsstaats oder gar Kriminelle" - Landesvater Franz Josef Strauß fand am vergangenen Montag im Schwandorfer Fußballstadion nicht gerade feine Ausdrücke für seine Landeskinder. (...)

Auf der Tribüne drängelte sich CSU-Prominenz zuhauf und trotzdem schafften sie es manchmal nur mit Mühe, das gellende Pfeifkonzert der Strauß-Gegner zu übertönen. Trillerpfeifen , grüne Luftballons und „zeitgenössische Grafiken" - Stoppt Strauß-Plaketten und WAA-Nein–Plakate - beherrschten das Bild bei dieser CSU-Großveranstaltung in der Höhle des Löwen. 8000 Zuschauer hatten sich eingefunden und - rund 3 000 Bereitschaftspolizisten.

Das polizeiliche Großaufgebot filterte das Publikum am Eingang. Beschlagnahmte kiloweise Trillerpfeifen bei Leibesvisitationen, und mancher brave Oberpfälzer Bürger fand nach dem Filz am Zaun Grund zum Meckern. (...)

Zur alten Form lief er in Schwandorf jedoch nie auf, die „Hämmer" blieben aus, er beschränkte sich auf altbekannte Parolen. (...)

Im Fußvolk machte sich nach knapp einer Stunde Redezeit zumindest vereinzelt doch betretene Stimmung breit. Schließlich war der „vermummte Chaot, der Anarchist und Staatsfeind", der so ausdauernd neben einem auf der Pfeife blies, der gutbekannte Nachbar, jahrelang als christlich-sozial eingeschätzt, der jetzt, die Fäuste in den Taschen, bloß noch brüllte „Hau doch ab!"

Gegen 21.00 Uhr wurde Strauß dann von einer *„Hundertschaft Polizisten mit Schlagstock und Kunststoffschildern"* abgeführt.
Endlich.

(Zitate aus dem Wochenblatt Regensburg vom 2. 10. 86)

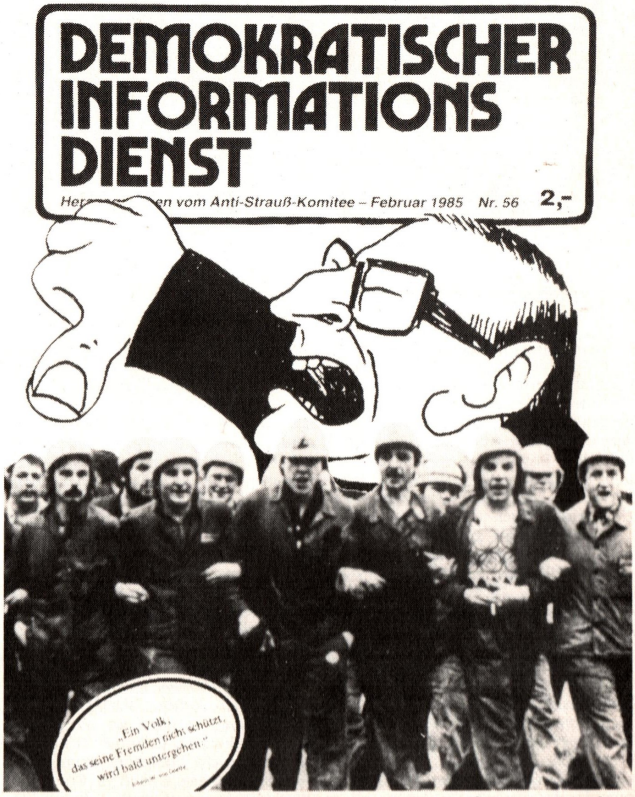
Die Sieger von Schwandorf

„Wer den Kampf nicht geteilt hat, der wird teilen die Niederlage"
Bertolt Brecht

Die Reaktion ist angetreten, die Bundestagswahl zu gewinnen. Seit Monaten überschwemmt die CDU/CSU das Volk mit einer Flut chauvinistischer Propaganda. Der "Asylant" beschmutzt das vaterländische Nest, der Tamile bedroht die deutschen Wohnzimmer, der Iraner frißt uns die Butter vom Brot. Keine noch so widerliche Lüge wird ausgelassen, um das Volk zu mobilisieren, damit es zusammenrückt mit der Reaktion zur Verteidigung des Vaterlands gegen den dunkelhäutigen Feind.

Gemeinster Rassismus wird täglich, vorsätzlich und planmäßig im Denken der Menschen verankert. Die Leserbriefspalten der Zeitungen sind der Ort, an dem sich die Presse die Freiheit nimmt, den Sumpf abzudrucken, der für ihre Artikel noch um einige Nuancen zu übel ist. (nachzulesen z.B. in Spiegel 33/86)

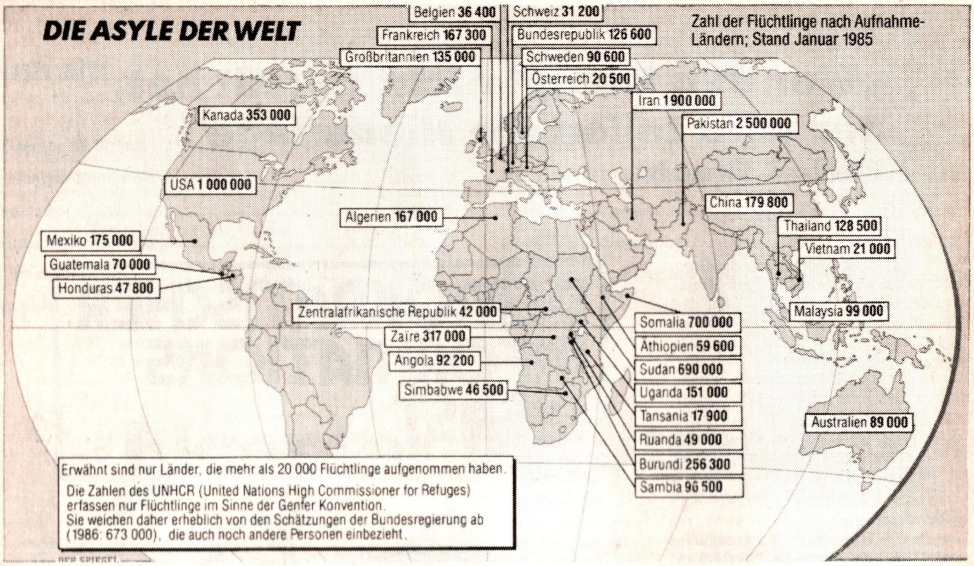
Diejenigen, die diesen Rassismus erzeugen und täglich am Sieden halten, empfehlen sich als die Retter. Das Programm der Strauß, Lummer, Wallmann und Kohl zur Rettung des Vaterlands heißt Entrechtung – die der Flüchtlinge und damit unsere. Noch vor der Bundestagswahl sollen einschneidende Eingriffe in das Asylverfahrensgesetz vorgenommen werden. Das Kalkül der Reaktion ist so perfide wie erfolgversprechend. Erweist sie sich als fähig, entgegen allen Gepflogenheiten regierender Parteien im Vorfeld von Wahlen ein einschneidendes Gesetz durchzusetzen, beweist sie damit, daß bei ihr das Recht des Stärkeren liegt. Eine Regierung, die diesen riskanten Kraftakt wagt, hat mehr vor, als die Wahl zu gewinnen. Ein Wahlkampf mit dem Mittel des Rassismus geführt, ist allein schon ein Triumph der reaktionären Kräfte über das Volk, ist eine Niederlage für die Gewerkschaften und die Demokraten in diesem Land. Denn je mehr es ihnen gelingt, die Menschen so weit zu desorientieren und zu verhetzen, daß der Feind "Asylant" heißt und nicht Strauß und Siemens, in desto greifbarere Nähe rückt die Möglichkeit, einen großen Teil des Bürger- und Kleinbürgertums mit den reaktionärsten Kräften in diesem Land zu vereinigen. Damit läßt sich dann auch die Wahl gewinnen. Fester im Sattel denn je, können sie ihren Sieg in die Tat umsetzen gegen uns alle.



Zur gleichen Zeit, als Strauß die Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes forderte, brachte Zimmermann die Gesetze zur Entrechtung der ausländischen Kollegen auf den Tisch.

Die erste Amtshandlung nach der Wiederwahl wird sein der rasante Abbau demokratischer Rechte: Die Vervollständigung der "inneren Sicherheit" durch die noch ausstehenden Polizeiüberwachungsgesetze, die Durchsetzung des Landfriedensparagraphen in seiner schärfsten Form, die Zimmermannschen Ausländergesetze, die wesentlich einschneidender sind als das Asylverfahrensgesetz und unmittelbar Millionen Arbeiter entrechten – genügend liegt in den Schubladen Zimmermanns bereit, was bisher noch nicht durchsetzbar war.

Die nötige 2/3-Mehrheit für die vollständige Beseitigung des Asylrechts rückt dann in realistische Nähe. Und damit lassen sich auch noch ganz andere Eingriffe in das Grundgesetz "in einer besseren Atmosphäre diskutieren" (Zimmermann): das Streikrecht, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit und das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung sind schon seit einiger Zeit im Gespräch. Die Beseitigung der Rechtsweggarantie in Art. 19.4 ("Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen.")–



Zahlenfälschungen

Wenn Zimmermann Flüchtlinge zählt, dann bleibt, wer das Land verläßt, in der Statistik, wer stirbt ebenso. Wer hier schon Jahre lebt und dann z. B. nach dem Studium einen Asylantrag stellt, kommt in die Statistik. Jedem Flüchtling rechnet Zimmermann automatisch noch zwei statistische Familienangehörige zu. Wenn in einer Familie also Mann, Frau und Sohn getrennt Asylanträge stellen, werden sie in der Statistik als 9 Personen festgehalten. Sogenannte Kontingentflüchtlinge, die aus den Gewässern Südostasiens an Land gezogen werden und mit dem Asylrecht nichts zu tun haben, werden einmal als solche und dann noch als Asylbewerber registriert. Das gleiche gilt für Polen, Tschechen und andere Flüchtlinge aus sozialistischen Ländern. Und schließlich erscheinen auch noch die überlebenden 40.000 der von den Nazis während des 2. Weltkriegs rekrutierten Zwangsarbeiter in der Statistik. Auf diese Art und Weise kommt Zimmermann auf rund 600.000 Flüchtlinge.
Zum Vergleich: der Hohe Kommissar der UNO-Flüchtlingskomission zählt 126.000 Flüchtlinge.

Im Weltmaßstab ist Westdeutschland erst an 50. Stelle der Aufnahmeländer für politisch Verfolgte. Im ungleich ärmeren Somalia ist jeder 4. Bewohner ein Flüchtling. Hierzulande kommt auf 617 Deutsche ein Flüchtling. In Bezug auf Westeuropa ist Westdeutschland an letzter Stelle der Aufnahmeländer. Auch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ist der Flüchtlingsanteil bescheiden. Er beträgt bei uns ca. 0,15 % gegenüber Österreich 0,35 % und Schweiz 0,75 %.

---

zunächst nur für Asylbewerber geplant – wird dann auch in eben dieser "besseren Atmosphäre" für uns alle "diskutiert" werden können. Konsequent weitergeführt, ermöglicht diese Entwicklung den Herrschenden die Errichtung der faschistischen Diktatur, die nicht von heute auf morgen stattfindet, sondern im ständigen Kampf gegen das Volk vorbereitet werden muß. Was der Kommunist G. Dimitroff 1935 sagte, beschreibt nicht nur die Situation von vor 51 Jahren. Seine Worte haben auch heute noch und wieder Gültigkeit: ..." daß vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel eine Reihe von Vorbereitungsetappen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus unmittelbar fördern."

"Ohne starke Polizei und ständige Aufsicht können sie aus einem Volk keine Herrenrasse machen. Es fällt ihnen immer wieder zurück. Glücklicherweise ist der Staat in der Lage, da einigen Druck auszuüben. Er braucht den Leuten z.B. nicht unbedingt etwas zum Fressen zu geben, eine in die Fresse genügt mitunter auch." (Bertolt Brecht)

Das Kalkül von Strauß geht auf. Während die FDP auf das Grundgesetz starrt und sich damit brüstet, daß eine Änderung für sie völlig indiskutabel sei ("Das Asylrecht ist die Freiheitsstatue im Hafen unserer Verfassung." B. Hirsch), wird mit ihrer Zustimmung und Mitarbeit den Flüchtlingen ein Recht nach dem anderen geraubt. Die Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes, auf die sie sich mit der CDU/CSU vor kurzem geeinigt hat, läßt von ihrer Freiheitsstatue gerade noch die hohle Schale übrig.

"Es wird kämpfen für die Sache des Feindes Wer für seine eigene Sache nicht gekämpft hat." (Bertolt Brecht)

Die SPD hat der CSU nachgegeben und sich das Wahlkampfthema diktieren lassen. Im Wettlauf um die Gunst der Wählerstimmen hat sie sich das Ziel gesetzt, die Partei zu sein, die am wirksamsten und schnellsten das "Asylantenproblem" löst.

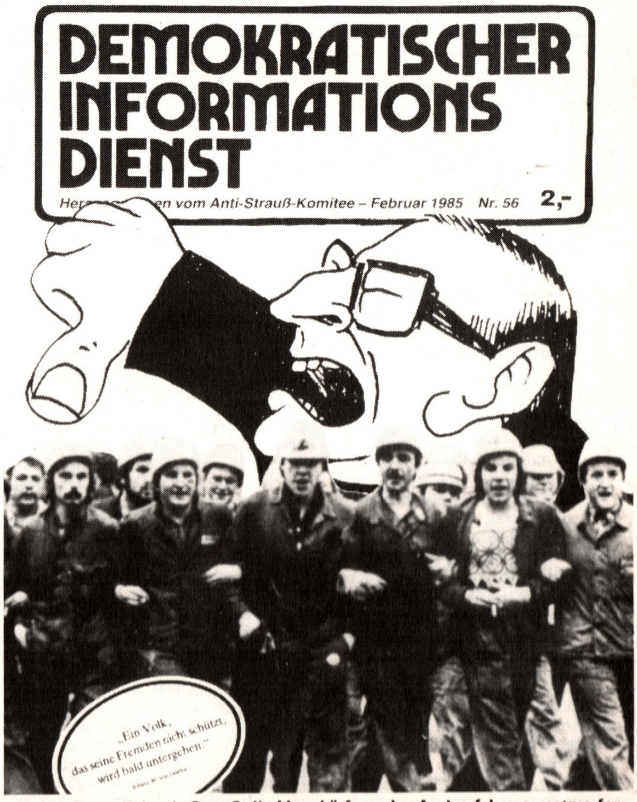
Als Anfang Juli die Reaktion schon auf Hochtouren lief und ob der "Invasion" den Notstand beschwor, setzte die SPD zunächst darauf, das Thema herunterzuspielen ("Wahlkampfplunder", "populistischer Befreiungsschlag", "Die CSU braucht ein Wahlkampfthema") und den Wählern zu versichern, daß die von Strauß geforderte Grundgesetzänderung eh am Widerstand der SPD scheitern würde. Dabei weiß das keiner besser als Strauß, und während die SPD noch damit beschäftigt war, das Thema zu verharm-

„Wer den Kampf nicht geteilt hat, der wird teilen die Niederlage"
Bertolt Brecht

Die Reaktion ist angetreten, die Bundestagswahl zu gewinnen. Seit Monaten überschwemmt die CDU/CSU das Volk mit einer Flut chauvinistischer Propaganda. Der "Asylant" beschmutzt das vaterländische Nest, der Tamile bedroht die deutschen Wohnzimmer, der Iraner frißt uns die Butter vom Brot. Keine noch so widerliche Lüge wird ausgelassen, um das Volk zu mobilisieren, damit es zusammenrückt mit der Reaktion zur Verteidigung des Vaterlands gegen den dunkelhäutigen Feind.

Gemeinster Rassismus wird täglich, vorsätzlich und planmäßig im Denken der Menschen verankert. Die Leserbriefspalten der Zeitungen sind der Ort, an dem sich die Presse die Freiheit nimmt, den Sumpf abzudrucken, der für ihre Artikel noch um einige Nuancen zu übel ist. (nachzulesen z.B. in Spiegel 33/86)

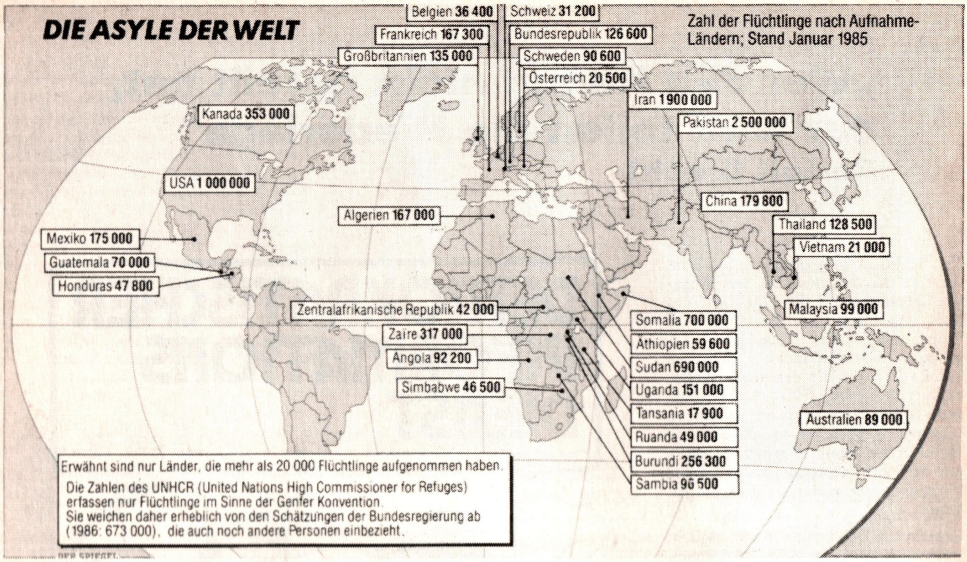
Diejenigen, die diesen Rassismus erzeugen und täglich am Sieden halten, empfehlen sich als die Retter. Das Programm der Strauß, Lummer, Wallmann und Kohl zur Rettung des Vaterlands heißt Entrechtung – die der Flüchtlinge und damit unsere. Noch vor der Bundestagswahl sollen einschneidende Eingriffe in das Asylverfahrensgesetz vorgenommen werden. Das Kalkül der Reaktion ist so perfide wie erfolgversprechend. Erweist sie sich als fähig, entgegen allen Gepflogenheiten regierender Parteien im Vorfeld von Wahlen ein einschneidendes Gesetz durchzusetzen, beweist sie damit, daß bei ihr das Recht des Stärkeren liegt. Eine Regierung, die diesen riskanten Kraftakt wagt, hat mehr vor, als die Wahl zu gewinnen. Ein Wahlkampf mit dem Mittel des Rassismus geführt, ist allein schon ein Triumph der reaktionären Kräfte über das Volk, ist eine Niederlage für die Gewerkschaften und die Demokraten in diesem Land. Denn je mehr es ihnen gelingt, die Menschen so weit zu desorientieren und zu verhetzen, daß der Feind "Asylant" heißt und nicht Strauß und Siemens, in desto greifbarere Nähe rückt die Möglichkeit, einen großen Teil des Bürger- und Kleinbürgertums mit den reaktionärsten Kräften in diesem Land zu vereinigen. Damit läßt sich dann auch die Wahl gewinnen. Fester im Sattel denn je, können sie ihren Sieg in die Tat umsetzen gegen uns alle.



Zur gleichen Zeit, als Strauß die Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes forderte, brachte Zimmermann die Gesetze zur Entrechtung der ausländischen Kollegen auf den Tisch.

Die erste Amtshandlung nach der Wiederwahl wird sein der rasante Abbau demokratischer Rechte: Die Vervollständigung der "inneren Sicherheit" durch die noch ausstehenden Polizeiüberwachungsgesetze, die Durchsetzung des Landfriedensparagraphen in seiner schärfsten Form, die Zimmermannschen Ausländergesetze, die wesentlich einschneidender sind als das Asylverfahrensgesetz und unmittelbar Millionen Arbeiter entrechten – genügend liegt in den Schubladen Zimmermanns bereit, was bisher noch nicht durchsetzbar war.

Die nötige 2/3-Mehrheit für die vollständige Beseitigung des Asylrechts rückt dann in realistische Nähe. Und damit lassen sich auch noch ganz andere Eingriffe in das Grundgesetz "in einer besseren Atmosphäre diskutieren" (Zimmermann): das Streikrecht, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit und das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung sind schon seit einiger Zeit im Gespräch. Die Beseitigung der Rechtsweggarantie in Art. 19.4 ("Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen.")–



Zahlenfälschungen

Wenn Zimmermann Flüchtlinge zählt, dann bleibt, wer das Land verläßt, in der Statistik, wer stirbt ebenso. Wer hier schon Jahre lebt und dann z. B. nach dem Studium einen Asylantrag stellt, kommt in die Statistik. Jedem Flüchtling rechnet Zimmermann automatisch noch zwei statistische Familienangehörige zu. Wenn in einer Familie also Mann, Frau und Sohn getrennt Asylanträge stellen, werden sie in der Statistik als 9 Personen festgehalten. Sogenannte Kontingentflüchtlinge, die aus den Gewässern Südostasiens an Land gezogen werden und mit dem Asylrecht nichts zu tun haben, werden einmal als solche und dann noch als Asylbewerber registriert. Das gleiche gilt für Polen, Tschechen und andere Flüchtlinge aus sozialistischen Ländern. Und schließlich erscheinen auch noch die überlebenden 40.000 der von den Nazis während des 2. Weltkriegs rekrutierten Zwangsarbeiter in der Statistik. Auf diese Art und Weise kommt Zimmermann auf rund 600.000 Flüchtlinge.
Zum Vergleich: der Hohe Kommissar der UNO-Flüchtlingskomission zählt 126.000 Flüchtlinge.

Im Weltmaßstab ist Westdeutschland erst an 50. Stelle der Aufnahmeländer für politisch Verfolgte. Im ungleich ärmeren Somalia ist jeder 4. Bewohner ein Flüchtling. Hierzulande kommt auf 617 Deutsche ein Flüchtling. In Bezug auf Westeuropa ist Westdeutschland an letzter Stelle der Aufnahmeländer. Auch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ist der Flüchtlingsanteil bescheiden. Er beträgt bei uns ca. 0,15 % gegenüber Österreich 0,35 % und Schweiz 0,75 %.

---

zunächst nur für Asylbewerber geplant – wird dann auch in eben dieser "besseren Atmosphäre" für uns alle "diskutiert" werden können. Konsequent weitergeführt, ermöglicht diese Entwicklung den Herrschenden die Errichtung der faschistischen Diktatur, die nicht von heute auf morgen stattfindet, sondern im ständigen Kampf gegen das Volk vorbereitet werden muß. Was der Kommunist G. Dimitroff 1935 sagte, beschreibt nicht nur die Situation von vor 51 Jahren. Seine Worte haben auch heute noch und wieder Gültigkeit: ..." daß vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel eine Reihe von Vorbereitungsetappen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus unmittelbar fördern."

"Ohne starke Polizei und ständige Aufsicht können sie aus einem Volk keine Herrenrasse machen. Es fällt ihnen immer wieder zurück. Glücklicherweise ist der Staat in der Lage, da einigen Druck auszuüben. Er braucht den Leuten z.B. nicht unbedingt etwas zum Fressen zu geben, eine in die Fresse genügt mitunter auch." (Bertolt Brecht)

Das Kalkül von Strauß geht auf. Während die FDP auf das Grundgesetz starrt und sich damit brüstet, daß eine Änderung für sie völlig indiskutabel sei ("Das Asylrecht ist die Freiheitsstatue im Hafen unserer Verfassung." B. Hirsch), wird mit ihrer Zustimmung und Mitarbeit den Flüchtlingen ein Recht nach dem anderen geraubt. Die Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes, auf die sie sich mit der CDU/CSU vor kurzem geeinigt hat, läßt von ihrer Freiheitsstatue gerade noch die hohle Schale übrig.

"Es wird kämpfen für die Sache des Feindes Wer für seine eigene Sache nicht gekämpft hat." (Bertolt Brecht)

Die SPD hat der CSU nachgegeben und sich das Wahlkampfthema diktieren lassen. Im Wettlauf um die Gunst der Wählerstimmen hat sie sich das Ziel gesetzt, die Partei zu sein, die am wirksamsten und schnellsten das "Asylantenproblem" löst.

Als Anfang Juli die Reaktion schon auf Hochtouren lief und ob der "Invasion" den Notstand beschwor, setzte die SPD zunächst darauf, das Thema herunterzuspielen ("Wahlkampfplunder", "populistischer Befreiungsschlag", "Die CSU braucht ein Wahlkampfthema") und den Wählern zu versichern, daß die von Strauß geforderte Grundgesetzänderung eh am Widerstand der SPD scheitern würde. Dabei weiß das keiner besser als Strauß, und während die SPD noch damit beschäftigt war, das Thema zu verharm-

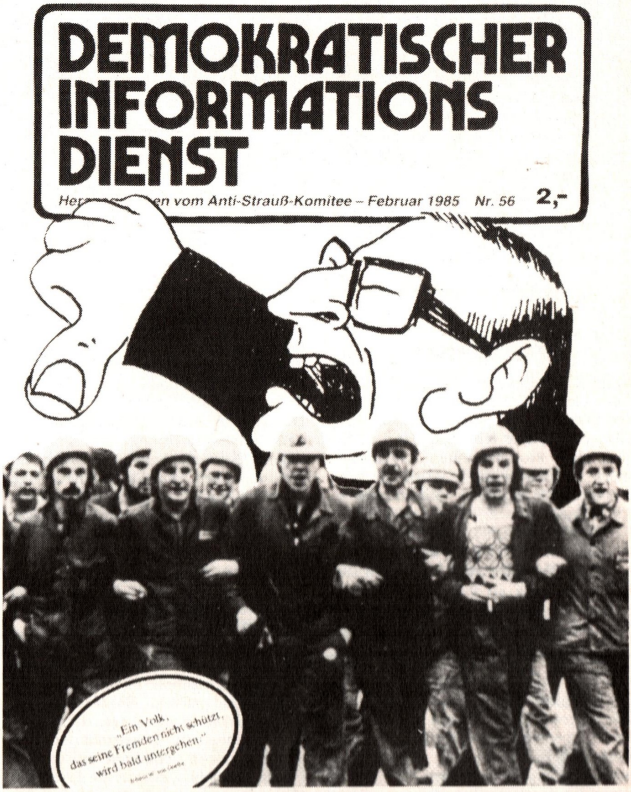
„Wer den Kampf nicht geteilt hat, der wird teilen die Niederlage"

Bertolt Brecht

Die Reaktion ist angetreten, die Bundestagswahl zu gewinnen. Seit Monaten überschwemmt die CDU/CSU das Volk mit einer Flut chauvinistischer Propaganda. Der "Asylant" beschmutzt das vaterländische Nest, der Tamile bedroht die deutschen Wohnzimmer, der Iraner frißt uns die Butter vom Brot. Keine noch so widerliche Lüge wird ausgelassen, um das Volk zu mobilisieren, damit es zusammenrückt mit der Reaktion zur Verteidigung des Vaterlands gegen den dunkelhäutigen Feind.

Gemeinster Rassismus wird täglich, vorsätzlich und planmäßig im Denken der Menschen verankert. Die Leserbriefspalten der Zeitungen sind der Ort, an dem sich die Presse die Freiheit nimmt, den Sumpf abzudrucken, der für ihre Artikel noch um einige Nuancen zu übel ist. (nachzulesen z.B. in Spiegel 33/86)

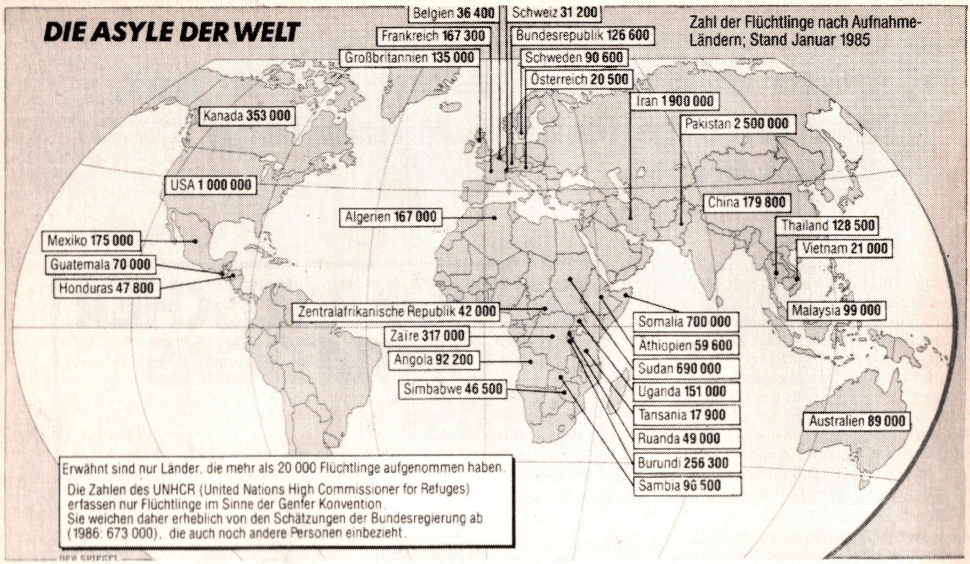
Diejenigen, die diesen Rassismus erzeugen und täglich am Sieden halten, empfehlen sich als die Retter. Das Programm der Strauß, Lummer, Wallmann und Kohl zur Rettung des Vaterlands heißt Entrechtung – die der Flüchtlinge und damit unsere. Noch vor der Bundestagswahl sollen einschneidende Eingriffe in das Asylverfahrensgesetz vorgenommen werden. Das Kalkül der Reaktion ist so perfide wie erfolgversprechend. Erweist sie sich als fähig, entgegen allen Gepflogenheiten regierender Parteien im Vorfeld von Wahlen ein einschneidendes Gesetz durchzusetzen, beweist sie damit, daß bei ihr das Recht des Stärkeren liegt. Eine Regierung, die diesen riskanten Kraftakt wagt, hat mehr vor, als die Wahl zu gewinnen. Ein Wahlkampf mit dem Mittel des Rassismus geführt, ist allein schon ein Triumph der reaktionären Kräfte über das Volk, ist eine Niederlage für die Gewerkschaften und die Demokraten in diesem Land. Denn je mehr es ihnen gelingt, die Menschen so weit zu desorientieren und zu verhetzen, daß der Feind "Asylant" heißt und nicht Strauß und Siemens, in desto greifbarere Nähe rückt die Möglichkeit, einen großen Teil des Bürger- und Kleinbürgertums mit den reaktionärsten Kräften in diesem Land zu vereinigen. Damit läßt sich dann auch die Wahl gewinnen. Fester im Sattel denn je, können sie ihren Sieg in die Tat umsetzen gegen uns alle.



Zur gleichen Zeit, als Strauß die Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes forderte, brachte Zimmermann die Gesetze zur Entrechtung der ausländischen Kollegen auf den Tisch.

Die erste Amtshandlung nach der Wiederwahl wird sein der rasante Abbau demokratischer Rechte: Die Vervollständigung der "inneren Sicherheit" durch die noch ausstehenden Polizeiüberwachungsgesetze, die Durchsetzung des Landfriedensparagraphen in seiner schärfsten Form, die Zimmermannschen Ausländergesetze, die wesentlich einschneidender sind als das Asylverfahrensgesetz und unmittelbar Millionen Arbeiter entrechten – genügend liegt in den Schubladen Zimmermanns bereit, was bisher noch nicht durchsetzbar war.

Die nötige 2/3-Mehrheit für die vollständige Beseitigung des Asylrechts rückt dann in realistische Nähe. Und damit lassen sich auch noch ganz andere Eingriffe in das Grundgesetz "in einer besseren Atmosphäre diskutieren" (Zimmermann): das Streikrecht, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit und das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung sind schon seit einiger Zeit im Gespräch. Die Beseitigung der Rechtsweggarantie in Art. 19.4 ("Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen.")–



Zahlenfälschungen

Wenn Zimmermann Flüchtlinge zählt, dann bleibt, wer das Land verläßt, in der Statistik, wer stirbt ebenso. Wer hier schon Jahre lebt und dann z. B. nach dem Studium einen Asylantrag stellt, kommt in die Statistik. Jedem Flüchtling rechnet Zimmermann automatisch noch zwei statistische Familienangehörige zu. Wenn in einer Familie also Mann, Frau und Sohn getrennt Asylanträge stellen, werden sie in der Statistik als 9 Personen festgehalten. Sogenannte Kontingentflüchtlinge, die aus den Gewässern Südostasiens an Land gezogen werden und mit dem Asylrecht nichts zu tun haben, werden einmal als solche und dann noch als Asylbewerber registriert. Das gleiche gilt für Polen, Tschechen und andere Flüchtlinge aus sozialistischen Ländern. Und schließlich erscheinen auch noch die überlebenden 40.000 der von den Nazis während des 2. Weltkriegs rekrutierten Zwangsarbeiter in der Statistik. Auf diese Art und Weise kommt Zimmermann auf rund 600.000 Flüchtlinge.
Zum Vergleich: der Hohe Kommissar der UNO-Flüchtlingskomission zählt 126.000 Flüchtlinge.

Im Weltmaßstab ist Westdeutschland erst an 50. Stelle der Aufnahmeländer für politisch Verfolgte. Im ungleich ärmeren Somalia ist jeder 4. Bewohner ein Flüchtling. Hierzulande kommt auf 617 Deutsche ein Flüchtling. In Bezug auf Westeuropa ist Westdeutschland an letzter Stelle der Aufnahmeländer. Auch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ist der Flüchtlingsanteil bescheiden. Er beträgt bei uns ca. 0,15 % gegenüber Österreich 0,35 % und Schweiz 0,75 %.

---

zunächst nur für Asylbewerber geplant – wird dann auch in eben dieser "besseren Atmosphäre" für uns alle "diskutiert" werden können. Konsequent weitergeführt, ermöglicht diese Entwicklung den Herrschenden die Errichtung der faschistischen Diktatur, die nicht von heute auf morgen stattfindet, sondern im ständigen Kampf gegen das Volk vorbereitet werden muß. Was der Kommunist G. Dimitroff 1935 sagte, beschreibt nicht nur die Situation von vor 51 Jahren. Seine Worte haben auch heute noch und wieder Gültigkeit: ..." daß vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel eine Reihe von Vorbereitungsetappen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus unmittelbar fördern."

"Ohne starke Polizei und ständige Aufsicht können sie aus einem Volk keine Herrenrasse machen. Es fällt ihnen immer wieder zurück. Glücklicherweise ist der Staat in der Lage, da einigen Druck auszuüben. Er braucht den Leuten z.B. nicht unbedingt etwas zum Fressen zu geben, eine in die Fresse genügt mitunter auch." (Bertolt Brecht)

Das Kalkül von Strauß geht auf. Während die FDP auf das Grundgesetz starrt und sich damit brüstet, daß eine Änderung für sie völlig indiskutabel sei ("Das Asylrecht ist die Freiheitsstatue im Hafen unserer Verfassung." B. Hirsch), wird mit ihrer Zustimmung und Mitarbeit den Flüchtlingen ein Recht nach dem anderen geraubt. Die Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes, auf die sie sich mit der CDU/CSU vor kurzem geeinigt hat, läßt von ihrer Freiheitsstatue gerade noch die hohle Schale übrig.

"Es wird kämpfen für die Sache des Feindes Wer für seine eigene Sache nicht gekämpft hat." (Bertolt Brecht)

Die SPD hat der CSU nachgegeben und sich das Wahlkampfthema diktieren lassen. Im Wettlauf um die Gunst der Wählerstimmen hat sie sich das Ziel gesetzt, die Partei zu sein, die am wirksamsten und schnellsten das "Asylantenproblem" löst.

Als Anfang Juli die Reaktion schon auf Hochtouren lief und ob der "Invasion" den Notstand beschwor, setzte die SPD zunächst darauf, das Thema herunterzuspielen ("Wahlkampfplunder", "populistischer Befreiungsschlag", "Die CSU braucht ein Wahlkampfthema") und den Wählern zu versichern, daß die von Strauß geforderte Grundgesetzänderung eh am Widerstand der SPD scheitern würde. Dabei weiß das keiner besser als Strauß, und während die SPD noch damit beschäftigt war, das Thema zu verharm-

losen, war Strauß schon wieder einen Schritt voraus: Wenn Kohl für die geplante Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes im Herbst wegen des Widerstands von FDP und SPD keine Mehrheit bekomme, "dann muß das deutsche Volk wissen, wer daran schuld ist." Nein, daran wollte die SPD wirklich nicht schuld sein. Sie legte dem Volk ihre Vorschläge vor, wie man das Problem lösen könne. In den "Sozialdemokratischen Argumenten zum Asylrecht" der bayerischen SPD ist nichts nachzulesen über das, was Rassismus für uns alle bedeutet, dafür viel darüber, daß die SPD auf dem ureigensten Terrain der Reaktion, dem Rassismus, die bessere Partei ist: "Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland und kann es auch über ein mißbräuchlich eingefordertes Asylrecht nicht werden." Und in der Frage der sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge unterscheidet sich die bayerische SPD von der CSU nur dadurch, daß sie das Wort nicht verwendet: "Wer aus anderen (als politischen, d. Red.) wenn auch menschlich sehr verständlichen Gründen (Hunger, Not, Arbeitslosigkeit) bei uns bleiben will, kann das nicht und muß wieder gehen." Als wüßte Schöfberger nichts von den Zuständen in den Ländern, in denen das westdeutsche Kapital den Hunger, die Not und die Arbeitslosigkeit produziert.

Das schmutzige Geschäft mit der DDR ist vorerst der traurige Höhepunkt einer SPD-Politik, die davon ausgeht, daß die Verteidigung eines Grundrechts Stimmen kostet. Vom 1. Oktober ab ist das "Schlupfloch Ost-Berlin" dicht. Flüchtlinge brauchen ein Visum für die Weiterreise in den Westen.
Sogar jene, die laut SPD einen Anspruch auf politisches Asyl genießen, kommen gar nicht mehr bis zur bundesdeutschen Grenze, denn welches faschistische Land, welche Militärdiktatur schaut seinen Flüchtlingen tatenlos zu, wenn sie sich die Ausreisepapiere besorgen. Mit der Abweisung von Flüchtlingen, die ohne gültige Einreisepapiere sind, braucht sich die SPD nicht beflecken. Die Aufgabe, das "Asylantenproblem" fernzuhalten, fällt jetzt der DDR zu. Auf die Vorwürfe der Grünen reagierte der SPD-Pressesprecher zynisch: "Auch Willy Brandt habe, als er vor den Nazis ins Exil flüchtete, nicht einfach an einem Flugschalter ein Ticket kaufen können." (Was so ein richtiger Asylant ist, der schwimmt eben über die Ostsee, d. Red.)

Stolz verkündete die SPD dem Volk, daß der Deal der erfahrenen Verhandlungsführung von Egon Bahr zu verdanken sei. Bahr ließ wissen, daß er sich „persönlich sehr glücklich" fühle und Rau wollte, daß sich jetzt alle (!) freuen sollten. Innerhalb von 3 Monaten wurde aus dem "Wahlkampfplunder" der CSU das Thema, mit dem die SPD die Wahlen gewinnen will. SPD-Pressesprecher Clement teilte an dem Tag, als das Geschäft mit der DDR bekanntgegeben wurde,mit, daß die SPD das "Asylproblem" zum Wahlkampfthema machen und mit einer bundesweiten Flugblattaktion auf ihr Verdienst bei der Einigung mit der DDR hinweisen werde.

Was die SPD als Sieg verkauft, ist eine gefährliche Niederlage. Die SPD hat sich dem stärksten Druck gebeugt. Und der kam nicht aus den Reihen der Gewerkschaften und Demokraten oder der eigenen Basis, deren gemeinsame Aufgabe es ist, die SPD nicht aus der Verantwortung zu lassen und sie zu zwingen, die Hände vom Asylrecht wegzulassen. Der Druck kam von rechts, und das Geschäft mit der DDR ist das Ergebnis des massiven Angriffs der Reaktion auf das Asylrecht und Ausdruck des anti-demokratischen Klimas in der BRD. Die Union hat völlig Recht, wenn sie den von der SPD ausgehandelten Visumzwang als "Erleichterung" wertet, als Erleichterung allerdings für die CSU, um den Rassismus unters Volk zu tragen. Was kann der Reaktion denn Besseres passieren als eine Sozialdemokratie, die Deutschland das "Ausländerproblem" vom Hals halten will getreu dem demagogischen Wahlspruch der CSU, daß mit der Menge der Ausländer auch die Ausländerfeindlichkeit steige. Die SPD glaubt, der CSU den Wind aus den Segeln genommen zu haben ("der letzte Vorwand" für die von den Wahlkampfstrategen der CDU und CSU betriebene Ausländer- und Fremdenkampagne sei nun "entfallen", Vogel) – und sägt doch nur an dem Ast, auf dem sie selber sitzt.

Wer den Lügen der CSU Glauben schenkt, daß es in Deutschland ein „Ausländerproblem" gibt, verdrängt die wirklichen Probleme und ist ein gefundenes Fressen für die Propaganda von rechts. Die Reaktion ist nicht zu stoppen durch ein paar Asylbewerber weniger. "Wir müssen leider davon ausgehen, daß sich die Schlepperorganisationen und die Asylbewerber aus Iran, Libanon und anderen Ländern neue Schleusen suchen werden." "Auf Sicht" sei für ihn eine Grundgesetzänderung unverzichtbar. (Zimmermann) Um Rassismus zu erzeugen, braucht es nicht einmal Asylbewerber. Die Reaktion hat noch immer eine Rasse gefunden, auf die sie das deutsche Volk hetzte.

Es ist schon ganz realistisch so, wie der bayerische Minister für Bundesangelegenheiten Schmidhuber die Strategie seines Chefs charakterisierte:
Noch sei die Zeit für einen Vorstoß im Bundesrat zur Grundgesetzänderung nicht reif. "Der Druck im Kessel muß sich erst noch erhöhen." (vgl. dazu Sonthofener Rede: "Es muß alles noch viel tiefer sinken ...", Strauß)

Rassismus mit System:

Das "Asylantenproblem" ist produziert. Die CSU ist nicht angetreten, es zu lösen, sie hat die Weichen dafür gestellt, daß es existiert – vorsätzlich und über viele Jahre hinweg. Der Gedanke, die Asylbewerber in Lager zu

Demonstration gegen die Ausländer-Raus-Provokation der Konservativen Aktion in Westberlin.

Der Sprecher der türkischen antifaschistischen Gruppe Genc Arkadas nach der Ermordung seines Landsmanns Ramazan Avci durch Skinheads im Dezember 1985 in Hamburg: „Eigentlich sind das ja gar nicht die Skins, das ist der deutsche Staat, der uns hier fertigmachen will."

sperren, um sie erst als Massen von Fremden, als Invasion, in das Bewußtsein der Bevölkerung zu rücken, kam aus Bayern. Schon 1978 inszenierte der damalige bayerische Innenminister Lang die nötige Diskussion: "Umzäunte Baracken mit Wachtposten" war seine Forderung. Am 1. Januar 1982 wurde auf Druck der unionsregierten Länder (Strauß / Späth / Lummer) bundesweit eine gesetzliche Grundlage für die Einweisung der Flüchtlinge in Lager geschaffen. In Bayern wurde daraus sofort der Regelfall, die Oberpfalz "Testballon". Asylbewerber, die schon Jahre hier lebten und wohnten, wurden aus ihren Wohnungen geholt und ins Lager gezwungen. Seitdem steht die Forderung von Strauß im Raum, bundesweit so zu verfahren wie in Bayern, und seit Anfang 1985 liegt der Regierung ein Gesetzesvorschlag von Strauß / Späth / Lummer vor, der dies neben anderen Verschärfungen fordert.

Planmäßig wurden gerade in Bayern die Lager in Hundert-Seelen-Gemeinden eingerichtet, dort wo die dunkelhäutigen Menschen am meisten auffallen. Wenn auf 100 Einwohner wie in Neureut 60 Flüchtlinge kommen, oder wenn in das 180 Seelen-Dorf Johannesbrunn 200 Flüchtlinge gebracht werden (im Vergleich Landshut 55.000 Einwohner - 186 Flüchtlinge), dann erübrigt sich jede Propaganda zur "Asylantenflut". Die chaotischen Zustände in den Gemeinden sind mehrfach vorprogrammiert.

Bayern ist das einzige Bundesland, in dem es kein Unterbringungsgesetz gibt. Keine Gemeinde kann rechtlich verpflichtet werden, Flüchtlinge aufzunehmen. Hingebracht werden sie trotzdem. Regierungsdirektor Dörfler und sein Abteilungsleiter Linti von der Abteilung "Soziale Aufgaben" in Landshut beschreiben, vor welche oft unlösbare Aufgabe sie gestellt werden. Da das Zirndorfer Auffanglager hoffnungslos überfüllt ist, "machen es die Zirndorfer einfach so, daß sie uns am Freitag ein Telex schicken, in dem steht: am nächsten Donnerstag kommt ein Bus mit 50 Asylanten. Uns bleibt nichts anderes übrig, als dasselbe zu tun, wie die Landesregierung. Wir geben den Druck weiter."
Das Arbeitsverbot, das die Flüchtlinge zu Sozialhilfeempfängern macht, schafft die Grundlage dafür, daß sie von der Bevölkerung als die "Schmarotzer" (Lummer) betrachtet und behandelt werden, die sie sein sollen. Auch in diesem Punkt ist Bayern Vorbild für die Republik. Wenn Strauß fordert, die Sozialhilfe grundsätzlich nur in Sachleistungen auszugeben (eben jenem Fraß, der die Asylbewerber in regelmäßigen Abständen zwingt, zu dem selbstzerstörerischen Mittel des Hungerstreiks zu greifen), kann er darauf verweisen, daß dies in Bayern längst gängige Praxis ist.

Ein Rentner, der in Berlin zur "Asylantenflut" interviewt wurde, sagte: "Die kosten uns doch nur Geld. Dabei gibt es in diesem Land genügend Bedürftige, die Unterstützung bräuchten." Man sah dem Mann an, daß er wußte, wovon er sprach. Er war kein Rassist, er war nur arm. Was er nicht wußte und was ihm auch ein Strauß / Späth / Lummer / Kohl nicht sagen, damit er es nicht weiß, ist, daß die Kohlregierung in den Jahren 1982 – 1985 250 Streichungen im sozialen Bereich vorgenommen und damit die Sozialkassen um 21 Milliarden geplündert hat.

Die Gesetze, denen die Flüchtlinge als Sozialhilfeempfänger unterworfen sind, sind keine Gesetze gegen Asylbewerber. Es sind Gesetze gegen Sozialhilfeempfänger – ob Ausländer oder Deutsche. Mit unmißverständlicher Klarheit hat dies vor kurzem die Regierung von Oberbayern festgestellt. Einem Asylbewerber, der in Lebensgefahr schwebt, wurde die dringend notwendige Herztransplantation verweigert mit der Begründung, daß eine derartige medizinische Leistung (Kosten etwa 300.000 DM) für Sozialhilfeempfänger prinzipiell im Gesetz nicht vorgesehen sei. Und als Sozialhilfeempfänger kann jeder - Ausländer wie Deutscher - zur Zwangsarbeit verpflichtet werden. Wer sich weigert, für 1,50 die Stunde zu arbeiten, dem wird die Sozialhilfe gestrichen.
In diesem Klima ist es dann auch wieder normal, wenn Sprüche, wie man sie von Scheißhaustüren kennt, Bestandteil offizieller Politik sind. Die Republik schweigt, wenn Strauß Hetze wie "Kanakenflut" oder Lummer Ver-

leumdungen wie "der als Rauschgift-Container fungierende Sri-Lanker" auf die Tagesordnung setzen und damit freie Bahn für die aufgebrachten Ladenbesitzer und Kleinhoteliers schaffen. "Eltern schützt Eure Kinder!" "Wir wollen kein bayrisch Kongo!" "Heute geben wir den Asylanten Fahrräder und morgen unsere Töchter!", versperrte Straßen, Stacheldrahtmauern, um die Flüchtlinge daran zu hindern, in die erbärmlichen Garagen, Container oder leerstehenden Fabrikhallen zu gelangen – die Liste dessen, was das "gesunde Volksempfinden" der mutigen Bürger angerichtet hat, ist lang und widerlich. Sie ist das Barometer, an dem die Reaktion abliest, wie weit es ihr gelungen ist, die Menschen so zu verdummen, daß sie die Schwächsten in diesem Land als Feinde bekämpfen.

Red.) zwar als an Ausländer gerichtete Aufforderungen zu verstehen, die Bundesrepublik zu verlassen. Bei ihnen fehlen aber allgemein geschichtlich bekannte Erfahrungen, die sie darüber hinaus ohne weiteres als Aufforderung zu Gewalt- und Willkürmaßnahmen erscheinen lassen."

Was den Richtern noch fehlt, ist die Kristallnacht, das Pogrom, das Gas. Es genügt ihnen nicht, daß in Duisburg sieben Türken bei einem Brandanschlag verbrannten, daß der Neonazi Oxner in einer Nürnberger Diskothek zwei Menschen mit dem Schrei "Ich schieße nur auf Türken" niederknallte, daß in den letzten 8 Monaten zwei junge Türken von Skinheads ermordet wurden. Und so sprechen sie Recht, um die "allgemein bekannte geschichtliche Erfahrung" herzustellen, die sie so sehr vermissen. So wird täglich Rasmöglich ist. Der ständige Druck auf die Bonner Koalition aus München hat Wirkung gezeigt. Was Strauß zusammen mit Späth und Lummer im Frühjahr 1985 als Gesetzesvorschlag zur Verschärfung des Asylrechts einbrachte, ist in einigen entscheidenden Punkten heute Regierungsprogramm. 1985 noch Forderung für die gesamte BRD und in Bayern längst auf dem Verordnungsweg durchgesetzt, ist das 5-jährige Arbeitsverbot für Asylbewerber heute Bestandteil des CDU/CSU-FDP "Kompromisses", der jetzt im Herbst durchgepeischt werden soll. Ebenso hat sich Strauß damit durchgesetzt, daß Bürgerkrieg kein Asylgrund ist. (Nach dem Beschluß der Innenminister vom 3.10.86 können Flüchtlinge in Krisengebiete abgeschoben werden.)

Die geplanten Verschärfungen enthalten einen Punkt, der die Handschrift

In einigen Städten haben sich Ausländer und Deutsche in antifaschistischen Gruppen zusammengeschlossen, um sich gegen die Angriffe der Neonazis zu schützen.

In Namen des Volkes ...

wird von der bundesdeutschen Justiz Unrecht zu allgemein gültigem Recht. Da befindet z. B. der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs, daß Schmierereien wie "Ausländer raus!" oder "Türken raus!" nicht den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen. "Ihrem Wortsinn nach sind (solche Schmierereien d.

sismus geschaffen. Und wenn die Herrschenden sich auf das "gesunde Volksempfinden" berufen, dann rufen sie tatsächlich nur den Rassismus ab, den sie vorsätzlich und planmäßig inszenierten.

Das Modell Bayern

beweist der gesamten Republik, was

Zimmermannscher Ausländergesetze verrät: der Wegfall der „Nachfluchtgründe". Nachfluchtgründe werden definiert als Asylgründe, die „erst aus einer Tätigkeit in der BRD herrühren" und nach Zimmermanns Ansicht nur produziert werden, um das Asyl in der BRD zu rechtfertigen.

Tatsächlich wird damit faschistisches Recht in die BRD transportiert. Ist ein

Mensch z. B. deshalb geflohen, weil in seinem Heimatland demokratische politische Betätigung verboten ist, so kann er es hier auch nicht tun, denn als Asylgrund gilt es nicht, und bei Abschiebung ins Heimatland wird er entsprechend bestraft.
Doch der Betroffenenkreis reicht noch wesentlich weiter. Aufgrund der gängigen Praxis, Aufenthaltsverträge ausländischer Kollegen nur dann zu verlängern, wenn sie einen Arbeitsvertrag haben, wird z. B. gewerkschaftliche Betätigung für türkische Kollegen zu einem Delikt, das zum "Heimattarif" bestraft werden kann, wenn der Kollege nach Ablauf seiner Aufenthaltserlaubnis Asyl beantragt und dies wegen der "Nachfluchtgründe" nicht gewährt wird.

Und gleichzeitig mit dem Vorstoß von Strauß, Späth, Lummer gegen das Asylverfahrensgesetz Anfang 1985 durfte Lummer die Debatte darüber eröffnen, ob nicht eine Grundgesetzänderung die einzig richtige Lösung sei.

Die Volksgemeinschaft – gemeinsam mit der Reaktion

Der Angriff auf das Asylrecht ist gegen alle ausländischen Kollegen gerichtet. Und dennoch führt die Reaktion den Kampf nicht wegen der Ausländer. Sie führt ihn, um in unseren Hirnen den Rassismus zu verankern, den sie braubraucht, um die Idee der Volksgemeinschaft zu retten. Denn je mehr Arbeitslose es in diesem Land gibt, je weniger Menschen satt werden, desto größer wird der Zweifel, ob dieses Parlament wirklich die Interessen aller – auch die der Hungernden – vertritt. Es braucht dann ein gröberes Ideal, um die Idee aufrechtzuerhalten, daß die Krupps im Interesse der Krauses handeln. Und dieses Ideal finden die Krupps in der nationalen Gemeinschaft, der Volksgemeinschaft und schließlich in der Rasse. Je lügenhafter, je brüchiger ihr Parlamentarismus wird, desto mehr muß Chauvinismus, Nationalismus und offener Rassismus produziert werden. Den Sinn dieses Unternehmens hat Adolf Hitler präzise benannt:

"Der Begriff der Nation ist leer geworden. Ich habe mit ihm aus zeitgeschichtlich bedingten Gründen noch beginnen müssen. Aber ich bin mir von vornherein darüber klar gewesen, daß dies nur vorübergehende Geltung beanspruchen konnte. Die 'Nation' ist ein politisches Hilfsmittel der Demokratie und des Liberalismus. Wir müssen diesen falschen Begriff wieder auflösen und ihn durch den politisch noch nicht verbrauchten der Rasse ersetzen. Nicht die historisch gewordenen Völker sind der Ordnungsbegriff der Zukunft – und alles Herumordnen und Zurechtschneiden von Grenzen und Siedlungsgebieten ist ein müßiges Unterfangen – sondern der von ihm überdeckte Rassebegriff."

Sie haben aus der Geschichte gelernt. Wir auch.

Wer zu Hause bleibt, wenn der Kampf beginnt
Und läßt andere kämpfen für seine Sache
Der muß sich vorsehen: denn
Wer den Kampf nicht geteilt hat
Der wird teilen die Niederlage.
Nicht einmal den Kampf vermeidet
Wer den Kampf vermeiden will: denn
Es wird kämpfen für die Sache des Feinds
Wer für seine eigene Sache nicht gekämpft hat.

(Bertolt Brecht)

„Die Flüchtlinge kommen mit voller Absicht dahin, wo der Volkszorn geweckt werden kann."

DID: Dagmar, Du bist Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses (Alternative Liste) und Said, Du bist palästinensischer Journalist, lebst seit Jahren in West-Berlin und bist mit der Flüchtlingssituation gut vertraut.
Stimmt es, daß heuer mehr Flüchtlinge nach West-Berlin gekommen sind als in den Vorjahren, und gibt es tatsächlich eine Notsituation bei der Unterbringung?

Dagmar: Es stimmt einfach nicht, daß das jetzt eine Situation ist, die noch nie da war. In den Jahren 80/81 war es vergleichbar. Die relativ hohe Zahl der Asylbewerber kommt z.B. jetzt dadurch zustande, daß auch alle die mitgezählt werden, die gar nicht die Absicht haben, hier zu bleiben - und das sind nicht wenige -, die meinetwegen nach Skandinavien weiter wollen.
Dann zu dem „Stau", der bei der Unterbringung entsteht. Das ist eine vom Berliner Senat bewußt provozierte Situation, die gezielt ausgeschlachtet wird.

DID: Die angeblich so schwierige Situation konnten wir auch in aller Ausführlichkeit in Westdeutschland in den Medien verfolgen.

Dagmar: Es ist den Flüchtlingen nicht erlaubt, sich selbst eine Wohnung zu suchen. (Die Wohnungssituation ist in West-Berlin etwas besser als z.B. in München. Es ist sicher schwierig, aber durchaus möglich für die Flüchtlinge, dort eine Wohnung zu finden. D. Red.) Es gab Fälle, wo Leute eine Wohnung hatten, das ist abgelehnt worden. Sie mußten ins Lager.

Said: Wir hatten hier u.a. den Fall von einem palästinensischen Jungen, der bei seinem Onkel hätte wohnen können. Das ist ihm untersagt worden, denn es ist von offizieller Seite unerwünscht, daß Asylbewerber integriert werden, d.h. ganz normal mit den Deutschen zusammenleben.

Dagmar: Diese sogenannten Heime oder Lager, in denen die Flüchtlinge untergebracht werden, sind in der Regel Pensionen, denen der Senat 35 DM für Erwachsene am Tag und für die Kinder 16 DM zahlt. Das kann man sich mal für eine fünfköpfige Familie ausrechnen. Die kosten den Senat 3540 DM im Monat nur für die Unterbringung. D.h., daß auch die Kosten für die Unterbringung künstlich hochgeschraubt werden. Das sind erstens Steuermittel, die dann natürlich an anderer Stelle im Sozialbereich fehlen. Das wiederum wird natürlich zur Stimmungsmache gegen die Flüchtlinge verwandt.

Interview mit Dagmar Bickelbach (Alternative Liste, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses) und Said Dudin (palästinensischer Journalist in West-Berlin)

Said: Ich möchte noch mal was sagen zu dem tatsächlich relativ hohen Flüchtlingsstrom, der gerade in diesen Monaten aus dem Iran kommt. Die allermeisten, die mit der ganzen Familie vor dem mörderischen Regime und dem Krieg fliehen, müssen über die „grüne" Grenze, die zwischen der Türkei und dem Iran aber gar nicht so sehr „grün" ist. Sie müssen ein 4000 m hohes Gebirge überqueren. Das geht natürlich besser in den Sommermonaten ...

DID: Man hat im Fernsehen Bilder von wütenden Anwohnern der Zeltlager gesehen. Warum sind die Menschen sauer?

Dagmar: Man hat die ersten Notunterkünfte , diese Zelte, auf einem Sportplatz in Neukölln aufgebaut, der z.B. regelmäßig von einem Fußballverein benutzt wird. Die Fußballer wurden vorher nicht informiert, geschweige denn gefragt. Außerdem spielen auf dem Platz Kinder, die meines Wissens keine Ausweichmöglichkeit haben. Daß da die Leute sinksauer sind, ist doch klar.

Said: Es gibt in Berlin 10.000de leerstehende Wohnungen. Es hätte sicher kein normaler Mensch was dagegen gehabt, wenn die belegt worden wären. Aber die Flüchtlinge kommen mit voller Absicht dahin, wo der Volkszorn geweckt werden kann. In der „Berliner Abendschau" haben die Kinder gesagt, die Flüchtlinge sollen zur Frau Laurien ins Rathaus, die hat Platz genug.

Dagmar: Noch ein Beispiel, wie die Flüchtlinge in aller Öffentlichkeit diskriminiert werden. Ich bin kürzlich mit der S-Bahn die Strecke gefahren, an der die berühmte Station Friedrichstraße liegt. Irgendwann ist Polizei zugestiegen. In meinem Abteil wurden sie nicht „fündig". Aber aus dem Nebenabteil hörte ich, wie ein Polizist rief: „Hier ist einer". Das ist Kopfjägermentalität.

DID: Könnt Ihr was dazu sagen, welchen Einfluß die Politik des Berliner Senats auf die Neonazis hat? Man hat ja von Aktionen der faschistischen „Bürgerinitiative Demokratie und Identität" und von Skinhead-Überfällen auf Ausländer gehört.

Said: ...es hat auch eine Demonstration der Rechtsradikalen gegeben mit der Forderung: „Asylrechtsänderung jetzt!" Dazu muß man aber sagen, daß die Übergänge von CDU zu diesen Rechtsradikalen in Berlin fließend sind. Dies hat die Diskussion um die Beziehungen des Ex-Innensenators Lummer offenbart. Z.B. hat die Junge Union einen Aufkleber verbreitet, auf dem ein ausländisch aussehender Mann abgebildet war, mit der Unterschrift: „Ich muß draußen bleiben!" Wie die Hunde vor einem Metzgerladen. Menschen, die anders aussehen als man selbst, zu Tieren zu machen ... den Aufkleber hätten auch die Nazis rausbringen können. Was ich damit sagen will: durch die Politik der CDU wird in Berlin eine Atmosphäre erzeugt, die die Neonazis zum Messer greifen läßt.

Dagmar: Sie nehmen der CDU die Drecksarbeit ab.

DID: Was haltet ihr von dem Vorwurf, daß Schlepper uns die Flüchtlinge ins Land schaffen?

Dagmar: Man muß sich mal klarmachen, daß die Flüchtlinge ohne „Schlepper" - was immer das für Leute sein mögen, es gibt bestimmt zweifelhafte genug darunter - ihr Land in der Regel gar nicht verlassen können. Sie brauchen Pässe, Papiere, Flugscheine, den Weg über die grüne Grenze ...

DID: Seht Ihr einen Zusammenhang zwischen der Kampagne in West-Berlin und der bundesweit geführten Diskussion um die Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes?

Dagmar: Natürlich! Zwar weiß Strauß, daß eine Grundgesetzänderung unrealistisch ist, weil er dazu eine 2/3-Mehrheit bräuchte.
Was er beabsichtigt durch die Diskussion, ist eine Verschiebung des gesamtgesellschaftlichen Klimas. Er will eine Stimmung erzeugen: Das Grundgesetz ist - im Gegensatz zu dem, was wir in der Schule gelernt haben - nicht unantastbar.

Wirtschaftsflüchtlinge?

Ja, Wirtschaftsflüchtlinge! Helmut Kohl hat recht. Nur verschweigt er uns (vermutlich weiß er es aber auch gar nicht), vor welcher Wirtschaft die Iraner, Libanesen, Türken, Kurden, Tamilen usw. fliehen.

Ob sie nun vor rassischer und politischer Verfolgung, vor Krieg und Bürgerkrieg oder dem Hunger fliehen, alle haben eins gemeinsam: Sie fliehen vor der Wirtschaft multinationaler Konzerne von BRD bis USA.

Sie fliehen vor der Ausplünderung ihrer Länder durch den Internationalen Währungsfonds (IWF), der die Aufgabe hat, den Entwicklungsländern Schulden aufzuhalsen, in Form von Fabriken, wo die Menschen zu Niedrigstlöhnen arbeiten, normalerweise ohne Streikrecht, ohne das Recht, Gewerkschaften zu gründen, mörderischen Inflationsraten ausgesetzt, die zustandekommen durch die Abwertung der einheimischen gegenüber den harten Währungen wie Dollar, DM und Yen. Die Produkte ihrer Arbeit gehen zurück in die Gläubigerländer, weil ja Schulden zurückgezahlt werden müssen.

Was den Menschen bleibt, sind die Zinsen, die der IWF für die Banken durch weitere Verschärfung der Ausplünderung einzutreiben versucht ...

Aber da sich die Ausgebeuteten wehren, brauchen die Konzerne Unterstützung durch nationale, faschistische Regimes wie z.B. in der Türkei oder Südafrika, die mit Gewehren Made in Germany, USA usw. ihre Aufgabe erfüllen. Es läßt sich sehr viel Geld verdienen mit der Bewaffnung der türkischen, der südafrikanischen Polizei, aber auch mit der Ausrüstung faschistischer Banden gegen Regierungen in der III. Welt, die nicht nach ihrer Pfeife tanzen, z.B. die Contras gegen die Sandinisten, oder die faschistische RNM in Mosambik.

Am lukrativsten schließlich sind solche Materialschlachten, die den Rüstungskonzernen gar nicht lange genug dauern können, wie der Krieg zwischen dem Iran und Irak, vor dem die Menschen zu uns fliehen.

Nicht nur aus Ghana, Togo und Zaire fliehen die Menschen vor dem Hunger, der von den Pharmakonzernen Bayer, Höchst oder Ciba-Geigy systematisch erzeugt wird. Durch den Einsatz von Pestiziden zum Aufbau von Monokulturen wird den Bauern, Fischern usw. jede Lebensgrundlage entzogen.

Nicht zuletzt fliehen sie aber vor der Entwicklungspolitik des Bundesministers für Entwicklungshilfe Warnke (CSU), der in seiner grenzenlosen Barmherzigkeit, landwirtschaftliche Hilfsprojekte fallen läßt zu Gunsten von Fernmeldeanlagen, digitaler Telekommunikation, Hochspannungsleitungen, Fernschreibnetzen usw.

Bevorzugter Kunde von Warnke ist die Firma Siemens, deren Chef Kaske sich persönlich für „Ihr Engagement in Pakistan" bei Warnke bedankte, weil der ein Trinkwasserprojekt gestrichen hatte und statt dessen einer Telefonvermittlungsanlage aus dem Hause Siemens den Zuschlag gab. Er sei dem ‚Sehr geehrten Herrn Minister' sehr dankbar, schrieb Kaske, „daß Sie sich in so hervorragender Weise für unser Haus und unser Angebot für die digitale Vermittlungstechnik verwendet haben. Der Export dieser High Technology ist ein wesentliches Element für die Förderung und Erhalt unserer Weltmachtstellung."

Bezahlt wird die Entwicklung der westdeutschen Industrie natürlich, wie der Name schon sagt, aus dem Budget des Entwicklungsministers, also aus Steuermitteln, und wo die nicht ausreichen, um genügend Fernschreib-, -melde, -sprecheinrichtungen von Siemens in alle Welt zu liefern, dürfen auch noch die Banken Kredite geben. Das Geschäft nennt sich dann „Mischfinanzierung der Entwicklungshilfe". Bürgen tut der westdeutsche Steuerzahler, zurückzahlen die Beglückten in der weiten Welt. „Sie wollten diese Projekte nicht, oder bereiten sie nicht richtig vor", wundert sich Warnke. Nun werden davon auch nur die Siemens und andere Großaktionäre fett, ihnen aber bleibt der Hunger.

Kann es überhaupt einen einzigen Fall von „Mißbrauch" (Strauß und Co) des Rechts auf Asyl geben durch diese Flüchtlinge vor der Wirtschaftspolitik der Konzerne? Hier verbietet nicht nur der menschliche Anstand von einem „Loch" zu reden, das zu „stopfen" sei (Vogel, SPD). Rein rechnerisch machen die Ausgaben für die Unterbringung, Ernährung und Bekleidung der Flüchtlinge nur einen winzigen Bruchteil der Profite der westdeutschen Industrie aus - verdient am Schweiß und Blut der Menschen in der Dritten Welt.

Hiermit bestelle ich ab .....

☐ ein Jahresabonnement DM 15.-
☐ ein Förderabonnement DM 30.-

des DEMOKRATISCHEN INFORMATIONSDIENSTES

Name: .....
Vorname: .....
Straße: .....
Ort: .....

Bitte senden an: Heinz Jacobi, Waltherstr. 28, 8000 München 2

Postscheckkonto Jacobi München 28 82 65-809

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch ungebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.

Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte.

Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

V.i.S.d.P.: Christian Lehsten, Isartalstr. 24, 8000 München 5, E.i.S.
Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee München und Regensburg

Die Flucht vor den Konzernen

Westdeutsches Kapital in der Türkei, dem Iran und Sri Lanka

Von der Notwendigkeit der Demokratisierung in der Türkei

Von der Türkei weiß man, daß es dort nicht viel zu verdienen gibt, sonst würden nicht so viele Türken ihre Heimat verlassen und bei uns Arbeit suchen. Da immer wieder „aufenthaltsbeendende Maßnahmen" drohen, was liegt da näher, als Asyl zu beantragen, um bleiben zu können. Ganz klar Wirtschaftsflüchtlinge! Politische Flüchtlinge können nicht sein! Hat doch erst im vergangenen Juli Warnke festgestellt, daß die Demokratie in der Türkei jedesmal gestärkt aus den Militärinterventionen hervorgegangen sei und das Land wichtige Schritte zur Wiederherstellung der Demokratie unternommen habe. (SZ, 9.7.86)

Deutsch - türkische Geschäfte

Schon längst haben westdeutsche Firmen andere Konkurrenten vom türkischen Markt verdrängt. Man kann sagen, daß die Türkei fest in deutscher Hand ist. Zur Zurückzahlung ihrer Schulden an die westdeutschen Banken und Firmen wurde der Entwicklungsfonds für die Türkei in den letzten Jahren verdoppelt (insgesamt ca. 6 Mrd. DM seit 1980). Erst im letzten Mai hat das liberalkonservative Feigenblatt der Bundesregierung v. Weizäcker höchst persönlich 1 Milliarde abgeliefert. Dabei sah auch er die Türkei auf dem Weg zur Demokratie, wenn auch „noch längst nicht alle Wünsche hinsichtlich der demokratischen Entwicklung" erfüllt seien. (WamS, 1.6.86)

Aber was macht das schon? Fließt doch für eine Mark Entwicklungshilfe 1,25 DM wieder zurück in die Kassen der Industrie.

Auch beim Ausbau der Türkei zur Waffenschmiede der Region steht bundesdeutsches Kapital an vorderster Front: Beim Bau einer Fabrik für automatische Handfeuerwaffen und einer Fabrikationsanlage für Panzerabwehrraketen des Typs COBRA, ebenso wie bei der Errichtung von Panzerinstandsetzungswerken bei Arife und Kayseri, oder von Marinewerften bei Istanbul oder am Schwarzen Meer. Darüberhinaus wird über die Montage von Leopard II-Panzern in der Türkei verhandelt. Lukrative Geschäfte, an denen fast die gesamte bundesdeutsche Rüstungsindustrie verdient.

Seit 1964 erhielt die Türkei Kriegsmaterial im Wert von 1,19 Mrd DM, darunter in neuester Zeit 77 Kampfpanzer Leopard I, vier Fregatten sowie Lizenzen für U-Boote und Landungsboote. Auch auf 100 ausgemusterte Starfighter darf sich die Türkei Hoffnungen machen. Seit dem Putsch der faschistischen Generäle 1980 erhielt sie außerdem 1 - 2 Mrd. DM nicht zurückzahlbarer Militärhilfe.

Schließlich werden auch noch türkische Soldaten in der BRD ausgebildet (siehe auch: Kurdistan-Aufmarschgebiet der NATO).

Der Putsch der Generäle

Dieser Aufschwung der deutsch-türkischen Beziehungen wurde erst möglich durch den Putsch der Generäle am 12.9.80, der als Startschuß zur „Rückkehr zur Demokratie" gefeiert wurde, da die Türkei im „Chaos zu versinken" drohte.

Schon wenige Tage vor dem Putsch forderte das bundesdeutsche „Handelsblatt" die Machtübernahme durch die Militärs, da die bürgerliche Regierung Demirel und Ecevit unfähig sei, das Land zu stabilisieren. In der Tat hatte der IWF schon vor dem Putsch weitere Kreditvergaben von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht, die Ecevit und Demirel gegen das türkische Volk nicht durchsetzen konnten. Das streikte ganz einfach.

Es waren die Militärs, die mit ihrem Putsch, der Zerschlagung der Gewerkschaften und Parteien die Voraussetzung dafür schufen, die Forderungen des IWF zu erfüllen und die waren:

1. Einfrieren der Löhne: Die internationalen Kapitalisten nannten das „Stabilisierung" der türkischen Wirtschaft, die zur Schuldentilgung ausschließlich auf den Export ausgerichtet wurde.

2. Abwertung der türkischen Lira: Das bedeutete für die Bevölkerung Preissteigerungen bis zu 200 %, für die ausländischen Investoren, Mannesmann, Siemens, AEG und Daimler Benz eine zusätzliche Senkung der Löhne und damit der Produktionskosten. Der Schuldenberg wurde so natürlich nicht kleiner, im Gegenteil, da die türkischen Waren im Ausland nach der Liraabwertung billiger wurden.

3. Hochzinspolitik: Durch die hohe Inflationsrate war das Sparen unattraktiv geworden. Die Banken brauchten aber das Geld der kleinen Sparer und zahlten deshalb Zinsen um 72 %, was zum Zusammenbruch der türkischen Privatbankiers führte, die die hohe Zinszahlung auf die Dauer nicht durchhalten konnten. Die Sparer wurden um ihre Einlagen geprellt, und das Geschäft machten nun die großen internationalen Banken.

Not fürs Volk

Die Folgen des IWF-Programms waren für das türkische Volk verheerend. Die Reallöhne sind von 1977 bis 1984 um rund die Hälfte gesunken. Dadurch sind die Menschen gezwungen, nach Feierabend einem zweiten Job als Taxifahrer, Kellner usw. nachzugehen. Kinderarbeit - als Wasser- oder Teeverkäufer, 10 Stunden am Tag, Verdienst ca. eine Mark - ist an der Tagesordnung. Die Arbeitslosigkeit beträgt nach offiziellen Statistiken 16,5 %. Inoffizielle Schätzungen gehen von einer gut doppelt so hohen Arbeitslosenquote aus. Durch die Hochzinspolitik des damaligen Wirtschaftsministers und heutigen Staatschefs Özal gingen nicht nur die Bankiers, sondern auch Mittel- und Kleinunternehmer, Handelsgesellschaften, Bauern usw. serienweise in die Pleite.

Bekämpfung des „internationalen Terrorismus"

Nach ihren Erfahrungen mit dem türkischen Volk waren die Generäle gezwungen, dieses Wirtschaftskonzept auch nach innen abzusichern. Man

schritt zur Bekämpfung des „internationalen Terrorismus", mit Hauptsitz in Moskau, der Schuld war an der Wirtschaftskrise, am Zerfall des Parlamentarismus usw. Neben der Zerschlagung der Gewerkschaften und der Parteien wurde jede kritische Äußerung dem „geistigen Umfeld des Terrorismus" zugerechnet. Oppositionelle Arbeiter, Lehrer, Wissenschaftler, Rechtsanwälte verschwanden in Gefängnissen. Anklagen gegen Gewerkschafter oder Mitglieder revolutionärer Organisationen wurden gleich massenweise erhoben, z.B. in Istanbul (1023 Angeklagte), Artvin (924 Angeklagte), Erzurum (970). Auch Todesstrafen werden massenhaft beantragt. Insgesamt wurden 500 Todesurteile verhängt, ca. 50 bis heute vollstreckt.

Amnestie und Verfassung von 1982

Die blühenden Geschäfte in der Türkei zwingen bundesdeutsche Politiker immer wieder, alle Maßnahmen der Generäle als „Demokratisierung" zu verkaufen, auch wenn sie genau das Gegenteil bewirkten.

Auf dem Weg zur Demokratie: F.-J. Strauß und der türkische Ministerpräsident Özal, gern gesehener Gast auf dem letzten CSU-Parteitag.

Dazu gehören auch die Verfassung und die Amnestie von 1982, die sich die Generäle zwar vom Volk absegnen ließen, die faktisch aber ein weiterer Schritt in die Rechtlosigkeit war. 1973 mußte Ecevit gemäß eines Wahlversprechens eine relativ weitgehende Amnestie erlassen. Damit so etwas nicht wieder vorkommt, verbot die neue Verfassung ausdrücklich die Amnestie derjenigen, die „... anstreben, die unteilbare Einheit des Staates mit seinem Land und der Nation zu zerstören ... die Vorherrschaft einer Klasse über eine andere herbeizuführen ... oder Unterschiede in Sprache und Bekenntnis zu schaffen ...". Dieser Artikel trifft natürlich in voller Härte die Kurden, die um ihre Freiheit und nationale Identität ringen und darüber hinaus jede linke Opposition, die gesamte Arbeiterbewegung.

Das Gewerkschaftsgesetz

Im Mai 1983 wurde noch von den Generälen das Gewerkschaftsgesetz erlassen, das Mitglieder der verbotenen Gewerkschaft DISK von der Gründung neuer Gewerkschaften ausschloß. Gründer von Gewerkschaften dürfen nicht vorbestraft sein und nicht an „gegen den Staat gerichteten Aktivitäten teilgenommen" haben.. Mal abgesehen davon, daß man sich schlecht vorstellen kann, was für Individuen zur Gründung dieser Gewerkschaften in Frage kommen, haben sie faktisch keinerlei Rechte: Streiks können vom Provinzgouverneur verboten werden, Arbeitswillige dürfen im nicht verbotenen Streikfall nicht an der Arbeit gehindert werden, Streikende dürfen sich nicht in der Nähe ihres Arbeitsplatzes aufhalten, für entstandene Schäden haften die Gewerkschaften (z.B. für den ausgefallenen Profit). Das ist ein Gesetz zur Verhinderung jeden Streiks und es gehört schon ein gerütteltes Maß an Dreistigkeit dazu, das als „Demokratisierung" zu verkaufen.

Die Ablösung der Generäle

Bei der Wahl vom November 1983, zu der 15 Parteien antraten, aber nur drei zugelassen wurden - zwei davon waren von den Militärs selbst ins Leben gerufen wurden -, gewinnt auch für die Militärs überraschend die dritte Partei, die „Mutterlandspartei" Özals, der ein alter Konkurrent der Generäle war, sozusagen ein „ziviler" Faschist. Er hatte 1977 für die faschistische „Heilspartei" (MSP), allerdings erfolglos, in Izmir kandidiert. Er ist ein guter Freund des Führers der faschistischen MHP (Graue Wölfe) Türkeş, den Özal quasi als erste Amtshandlung aus „gesundheitlichen" Gründen aus dem Gefängnis entließ, in das die Generäle ihn und viele andere ihrer Konkurrenten 1980 gesteckt hatten. Weil der Charakter der MSP weltöffentlich bekannt war, trat Özal nun mit seiner "Mutterlandspartei" an und die „Demokratisierung" konnte ihren Lauf nehmen. Zahlreiche ehemalige MHP- und MSP-Führer wurden in hohe Ministerialposten gehievt. Selbstverständlich nahm Özal keine der Maßnahmen der Generäle zurück. Er bestätigte das Amnestieverbot für Gefangene, die wegen staatsfeindlicher Aktionen angeklagt sind und fügte das Reuegesetz hinzu, das nichts anderes bezweckt als den Aufbau eines gigantischen Spitzelsystems. Es verspricht dem, der bereut, was heißen soll, daß er auspackt, Straffreiheit oder doch mindestens Strafvergünstigung. In der Türkei wird praktisch jeder Gefangene gefoltert. Wie einfach ist es da, das gewünschte Maß an Reue zu erzwingen. Und es wirkt. Hunderte von Gefangenen haben davon Gebrauch gemacht.

Aber Özal hat auch ein demokratisches Recht wieder zugelassen. Es darf wieder demonstriert werden. Die Parolen und Losungen freilich müssen vorher genehmigt werden.

Von der Militärdiktatur zum faschistischen Polizeistaat!

Einen Monat bevor Helmut Kohl im Juli 1985 die Türkei besuchte und versicherte, sie stehe nicht allein, sie habe in der Bundesregierung einen zuverlässigen" Freund und Fürsprecher", (taz, 9.7.85) verabschiedete das türkische Parlament ein neues Polizeigesetz, das die gravierenden Menschenrechtsverletzungen juristisch absichert und die Schmutzarbeit, die bisher das Militär erledigt hat, an die Polizei deligiert. Ministerpräsident Özal lieferte selbst die beste Begründung für das neue Gesetz: „Es ist notwendig, die Autoritätslücke, die mit der Aufhebung des Kriegsrechts entstehen wird, auszufüllen. Um das Land nicht ständig unter Kriegsrecht regieren zu müssen, müssen wir dieses Gesetz beschließen." Während in knapp der Hälfte der 67 türkischen Provinzen noch immer Kriegsrecht bzw. Ausnahmezustand herrschen, garantiert das neue Gesetz den reibungslosen Übergang zum zivilen Belagerungszustand. Die Polizei kann nun das tun, was seit dem Putsch von den Militärs praktiziert wurde:

1. Personen, die der „Teilnahme an einer kollektiven Straftat verdächtigt" werden, können festgenommen und bis zu 15 Tagen verhört werden, ohne daß eine Informationspflicht gegenüber Angehörigen besteht. Nun sind politische Aktivitäten von Linken naturgemäß meist „kollektive Handlungen".

2. Gegen Angriffe und Widerstände kann nach dem Ermessen der Polizei von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden.

3. Die Polizei darf in jeder Hinsicht mit dem Geheimdienst zusammenarbeiten.

4. Gerichtliche Zeugen können per polizeilicher Verfügung und unter Androhung von Strafen gezwungen werden, an ihrem derzeitigen Aufenthaltsort zu bleiben. Die Einschränkung der Freizügigkeit von Zeugen fördert natürlich das Zustandekommen von - der Polizei genehmen - Aussagen, die auf Druck und durchaus auch unter Folter zustande kommen.

5. Die Polizei erhielt die Kompetenz, bereits im Gefängnis Einsitzende erneut für 15 Tage zur „Vernehmung" abzuholen.

Hierzu muß man wissen, daß die Fol-

ter ein fester Bestandteil aller Verhöre ist und systematisch praktiziert wird. Das bestätigen nicht nur die Aussagen der Gequälten, sondern das hat auch Sedat Caner, ein ehemaliger Polizist und Folterer, vor der türkischen Richterkammer ausgesagt. Ministerpräsident Özal, der die bekanntgewordenen Beispiele von Folterungen als das Werk einzelner Polizisten hinstellen will, hat Caner als Linken und Geisteskranken diffamiert.

6. Die Polizei hat den Auftrag bekommen, „Moral- und Sittenverstöße" zu verfolgen. D.h., daß sie das uneingeschränkte Recht hat, in allen gesellschaftlichen Bereichen bis ins Privatleben herumzuschnüffeln.

Die BRD hilft

Auch die BRD hat - wie könnte es anders sein - ihren Beitrag zur Stärkung der türkischen Polizei geleistet. Direkt nach dem Putsch von 1980 erhielt sie von der damals noch sozialliberalen Bundesregierung „Polizeihilfe" im Wert von 15 Mio. DM: Waffen, Munition, kugelsichere Westen, Polizeifahrzeuge. Bis 1984 wurden 42 türkische Polizisten in der Polizeiführungsakademie Hiltrup ausgebildet. Wenn man sich die Polizeieinsätze in Wackersdorf oder Brokdorf anschaut, fragt man sich, wer von wem lernte, als im Juli 85 eine türkische Delegation, angeführt vom obersten türkischen Polizeichef Saffet African Bedük,mit Vertretern des Bundesinnenministeriums Erfahrungen austauschte.

Mit dem deutschen Waffenproduzenten Messerschmidt-Bölkow-Blohm berieten sie über den Kauf von Kampfhubschraubern, die für den Einsatz gegen die „kurdische Guerilla" gebraucht werden. (taz, 12.7.85) Nach türkischen Presseberichten war es das Ziel des Besuchs, mit deutscher Hilfe die türkische Polizei mit modernsten Waffen und Geräten auszurüsten und die Zusammenarbeit insbesondere im gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus weiterzuentwickeln.

Kurdistan - Aufmarschgebiet der NATO

Die Kurden sind das drittgrößte Volk im Nahen Osten, nach den Arabern und Türken. Sie haben aber keinen eigenen Staat, sondern sind auf vier Länder aufgeteilt (Iran, Irak, Syrien, Türkei). In allen Ländern werden sie als nationale Minderheiten mehr oder weniger blutig unterdrückt. Daher fordern sie staatliche Unabhängigkeit oder zumindest Provinzen, in denen sie das Sagen haben. Darin liegt die Hauptgefahr für die BRD-Imperialisten und die NATO beim Freiheitskampf der Kurden.

Während die Gesamt-Türkei als NATO-Süd-Ost-Flanke gerade von den bundesdeutschen Militärexperten für äußerst wichtig gehalten wird: „Die Möglichkeit, auf türkischem Boden Waffensysteme mit einer ausreichenden Reichweite zu stationieren, setzt Rußland zurück in seine historische Dreifrontenkriegslage" (Europäische Wehrkunde 2/81), kommt dem Kurdengebiet eine besondere Bedeutung zu. Hier verläuft im Süden die einzige direkte Grenze des „westlichen Bündnisses" zur Sowjetunion, nachdem der Iran durch den unberechenbaren Khomeni dem direkten Zugriff der NATO verloren ging.

Deshalb herrscht in Kurdistan weiter Krieg. Deshalb wird die Zivilbevölkerung bombardiert. Seit dem 16.10.84 versucht die türkische Armee in ihrer großartig angelegten "Operation Sonne" den kurdischen Widerstand zu vernichten. Ganze Landstriche werden durchkämmt, die Dörfer zu „Wehrsiedlungen" ausgebaut. Vor allem in den Gebieten entlang der Grenze herrscht praktisch Belagerungszustand. So ist es den Bewohnern vieler Dörfer untersagt, ohne Erlaubnis mehr als 300 Meter von ihrem Dorf wegzugehen. Schafhirten dürfen nur ein Minimum an Proviant mitnehmen, damit sie die in den Bergen untergetauchten Guerillas nicht mit Proviant versorgen können.
Zur „besseren Grenzsicherung" werden kurdische Familien zwangsumgesiedelt und zwar nach Edirne an der bulgarischen Grenze.
Tausende von „Separatisten" wurden gefangengenommen und in Massenprozessen angeklagt. Wobei als „separatistische Propaganda" auch der Gebrauch der kurdischen Sprache gilt.

Auch NATO-Soldaten kämpfen in Kurdistan. Denn das westliche Bündnis will seine militärischen Interessen nicht durch den „kurdischen Separatismus" gefährdet sehen. (Ein großer Teil der Informationen über die Türkei wurde entnommen: „blätter des iz3w informationszentrum dritte welt", Freiburg, Heft 129/85)

Türkisches Militär überfällt ein Dorf in Ost-Anatolien.

Der Golfkrieg – ein Mordsgeschäft

Die meisten Flüchtlinge, die zur Zeit in der BRD Asyl beantragen, kommen zweifellos aus dem Iran. Es kommen junge Männer und Frauen im wehrpflichtigen Alter. Es kommen ganze Familien, die ihre halbwüchsigen Kinder vor dem Heldentod an der Front retten wollen. Eine Million Menschenleben hat der Golfkrieg bisher gefordert, 800 000 davon im Iran. Es kommen aber auch alle die, die vor dem Khomeniregime fliehen. Über 100 000 Khomeni-Gegner füllen die Kerker. 40 000 wurden hingerichtet - mit den in Lizenz gebauten G3-Gewehren der westdeutschen Firma Heckler und Koch.

Zwischen März 1985 und März 1986 wurden 100 000 iranische Schulkinder an die Front geschickt, 1/3 dieser Kinder ist bis jetzt gefallen. Inzwischen sind auch die ersten Frauen zum Fronteinsatz eingezogen worden.

Der Krieg zwischen dem Iran und Irak kann gewissen Leuten gar nicht lange genug dauern. Kriegsgerät für über 600 Mrd. Dollar sind bereits verpulvert. USA, Frankreich und die BRD, ihre Kapitalisten machen das beste Geschäft.

Wieso BRD? Es dürfen doch keine Waffen in Spannungsgebiete geliefert werden. Das werden sie auch nicht! Ohne Umwege wird in den Iran oder Irak nur solches Material geliefert, von dem man notfalls behaupten kann, es würde „friedlichen" Zwecken zugeführt. Doch davon später. Gerät, für das man „zivil" überhaupt keine Verwendung hat, wie z.B. Kampfhubschrauber der Firma MBB, bewaffnet mit Panzerabwehrraketen des Typs Hot (diese Raketen werden von einer französischen Firma hergestellt, die zur Hälfte MBB gehört; die Feuerleitanlagen für die Raketen stammen ebenfalls aus deutscher Produktion und werden über Frankreich nach Spanien transportiert und dort endmontiert) wird selbstverständlich von MBB nicht in der BRD gebaut, sondern in Spanien bei CASA, das MBB zu 10 % gehört. Von dort sind die Hubschrauber dann bestens ausgerüstet in den Irak geliefert worden.

Das größte Geschäft läuft aber vermutlich über Saudiarabien, das zum einen für den eigenen Bedarf einkauft, da der Krieg ihren Grenzen bedrohlich nahe rückt, zum anderen verkaufen sie die Waffen an den Irak weiter.

Auch in Ägypten werden Waffen für den Irak hergestellt: in einem Panzerwerk von Krauss Maffei, in Produktionsanlagen für den Schützenpanzer „Fahd" (Leopard II) von Thyssen-Henschel und Daimler-Benz.

Der Waffenhandel mit dem Iran läuft nicht ganz so „einfach", da die Beziehungen nach der „islamischen Revolution" offiziell abgekühlt sind. So wird hier geschmuggelt und geschoben, wobei sich obendrein auch noch bessere Preise rausschlagen lassen als auf dem normalen Weg. Solche Geschäfte werden natürlich im Geheimen abgewikkelt, aber ab und zu wird doch mal was bekannt. So flog 1983 ein 6 Mrd.-Geschäft mit dem Khomeni-Sonderminister Tabatabai auf, der erst nach langem Hin und Her wegen 1,7 kg Opium im Reisegepäck verhaftet wurde, dem dann aber von der Genscher-Behörde „diplomatische Immunität" bescheinigt wurde. Einen so guten Kunden kann man schließlich nicht einfach einsperren.

Erst in diesem Frühjahr wurde ein illegales 4,5 Mrd.- Waffengeschäft bekannt, bei dem westdeutsche und amerikanische Kampf- und Transportflugzeuge, Panzerabwehrraketen (die anderen brauchen ja schließlich auch was zum Schießen) in den Iran verschoben werden sollten. Im Mai 84 flog ein Waffenschieberring in Hamburg auf, im Oktober 84 in Frankfurt ...

Im übrigen hatte der Schah bestens vorgesorgt. 1979 hatte der Nürnberger Rüstungskonzern Diehl eine Panzerkettenfabrik geliefert, die heute noch zur vollen Zufriedenheit aller arbeitet. Außerdem konnte Khomeni die bereits erwähnte Produktionsstätte für die G3-Gewehre übernehmen, die von der bundeseigenen Firma Fritz Werner gebaut wurde.

Eine Mörserfabrik in Teheran, deren Maschinen aus der BRD stammen, bezieht auch heute noch den für die Geschosse benötigten Spezialstahl von hier (ZDF Auslandsjournal, 8.8.86).

Nur einen ganz kleinen Skandal hat es gegeben, als ruchbar wurde, daß der berüchtigte Kampfstoff Senfgas in einer Fabrikationsanlage für Äthylen, (das mit Schwefelchlorid zu Senfgas wird), hergestellt wird, die von einer amerikanischen Firma zusammen mit der westdeutschen Thyssen-Rheinstahl-Technik für 1,1 Mrd. Dollar gebaut wurde (Spiegel 14/84).

Auch die Offenbacher Firma Karl Kolb, die offiziell Schädlingsbekämp-

fungsmittel im Irak herstellt, soll Tabun und Senfgas produziert haben. Einzelne Opfer ihrer Produktion werden dann sehr pressewirksam in westdeutschen Krankenhäusern behandelt. Um die Sache quasi abzurunden: der Kruppkonzern hat einen Auftrag für den Bau einer Chemieanlage im Wert von 190 Mio. DM aus dem Iran erhalten. (SZ 25.6.86).

Kommen wir nun zu den „zivilen" Projekten. Daimler-Benz und MAN lieferten schwere Lastwagen, Sattelzugmaschinen, Omnibusse, aber auch Maschinen zu deren Herstellung sowohl in den Iran und den Irak für jeweils ca. 6 Mrd. DM. So werden auf beiden Seiten des Kriegs Soldaten zum gegenseitigen Morden mit westdeutschen Transportern gefahren.

Oder die Straßen! Im Irak bauten die Firmen Dykerhoff und Widmann (DyWiDag) und Bilfinger und Berger in der Nähe der Frontstadt Basra 120 km Autobahn für insgesamt 1,2 Mrd. DM. Auf der anderen Seite liegen iranische Soldaten hinter Wällen, die mit Baumaschinen der Firma Liebherr aufgeschüttet wurden.

Geschäfte werden aber nicht nur mit Gerät oder Einrichtungen gemacht, die unmittelbar mit den Kampfhandlungen zu tun haben. Im Krieg geht viel kaputt und wird alles gebraucht. Westdeutsche Bauunternehmen ziehen im Irak Häuser hoch, Siedlungen, Rollbahnen, Fabriken. Zerstörungen bringen neue Aufträge.

AEG baut Aggregate, Siemens erneuert das gesamte Stromnetz, die gesamte Straßenbeleuchtung in Bagdad usw. Die Liste ist endlos. Die Zahl, im Irak engagierten westdeutschen Unternehmen stieg während des Krieges von 30 auf 150. 1982 wurden für 25 Mrd. DM Güter vom Irak bestellt. 1981 wurde für 6,6 Mrd. exportiert, 1980 waren es nur 3,3 Mrd. DM. (Neuere Zahlen liegen uns leider nicht vor.) Es sei noch gesagt, daß der Irak nach Ausbruch des Krieges wichtigster Handelspartner der BRD im Nahen Osten wurde, noch vor den Saudis.

Iranische Kindersoldaten mit Opferbinde vor dem Fronteinsatz. Ca. 30 000 dieser Kinder sind bis jetzt gefallen.

Auch das Geschäft mit dem Iran Khomenis floriert trotz verbaler Verurteilung des Regimes. 1983 waren es laut SZ vom 17.2.84 mit 6,5 Mrd. DM doppelt so viel wie 1982 und weit mehr als zu Zeiten des Schahs.

Die internationalen Konzerne haben jedenfalls keinerlei Interesse an der Beendigung dieses Krieges, wie z.B. VW Brasil, das 150 000 Passats an den Irak lieferte: Geschenke der iranischen Regierung an die Witwen der gefallenen Soldaten (SZ 20.3.86).

Holocaust auf Sri Lanka

Mit diesem Knopfdruck löste Entwicklungsminister Warnke im Beisein von Sri Lankas Präsident Jayewardene, genannt J.R. (links), 1982 die erste Sprengung beim Bau des Mahaweli-Staudamms im Osten der Insel aus. Den einheimischen Bauern wird durch das Mahaweli-Projekt das für den Reisanbau nötige Wasser genommen. Stattdessen sollen mit dem Staudamm ca. 100 000 ha landwirtschaftlich neu erschlossen werden, auf denen dann von internationalen Lebensmittelkonzernen Luxusprodukte wie Mangos, Ananas, Tabak und vor allem Schnittblumen angebaut werden sollen.

Die westdeutschen Baufirmen DyWiDag und Bilfinger und Berger (s.a. Iran - Irak) haben den Zuschlag für einen der fünf Mahaweli-Bauabschnitte bekommen. Ein Geschäft, das bisher mit 400 Mio. DM veranschlagt wird, bezahlt aus dem Hause Warnke ohne Umweg über Sri Lanka, direkt auf die Konten der Bauunternehmer - getreu der Strauß-Anweisung: „Für unser Geld wollen wir auch Aufträge haben."

Der Staudamm ist nur eines der Projekte, mit denen Jayewardene ausländisches Kapital nach Sri Lanka lockt. So wird überall auf der Insel das Land verscherbelt. Z.B. 25 000 ha an eine „Sugar Company" mit Sitz auf den Bermudas. Die Äcker der auf diesem Land lebenden Bauern werden zerstört, die Bauern zu Tagelöhnern auf den Zuckerrohrplantagen der Company oder in der ebenfalls neu errichteten Zuckerfabrik gemacht. Die umliegenden Bauern werden gezwungen, ebenfalls Zuckerrohr anzubauen, das

ten. Der Präsident entließ persönlich alle, die an jenem Tag nicht in der Arbeit erschienen waren. Ca. 60 000 Arbeiter verloren ihre Existenz. Stattdessen rief Jayewardene seine regierungseigene Spaltergewerkschaft I.S.S. - deren Präsident sein Industrieminister ist - zu einer Gegenkundgebung auf. Bei militanten Zusammenstößen mit den freien Gewerkschaften wurde ein Funktionär der Freien getötet.

Damit sich die Wahrheit nicht herumspricht, wurde die Presse gleichgeschaltet. Oppositionelle Blätter wurden entweder finanziell ruiniert oder ganz einfach verboten, wie z.B. tamilische Zeitungen. Kritische ausländische Berichterstatter wurden wiederholt des Landes verwiesen.

Natürlich wehren sich die Völker von Sri Lanka gegen die Aufhebung ihrer Rechte, gegen den Ausverkauf ihres Landes, gegen eine Wirtschaftspolitik, die die Armen noch ärmer macht. Nicht nur die Arbeiter, auch die Bauern organisieren sich. Deshalb wurde es notwendig, daß Jayewardene die Militärausgaben aufstockte: um 1000 % wurden sie seit 1977 erhöht.

Es wurde die „Special Operation Unit" geschaffen, die dem nationalen Geheimdienst untersteht und ihre Aufgaben auf dem „Plantagensektor" hat, d.h. daß sie die Bauern zur Raison bringt. Außer mehreren anderen „offiziellen" paramilitärischen Organisationen wurden ab 1984 sogenannte Home-Guards (Bürgerwehren) von Abgeordneten der Regierungspartei gegründet, Schlägertruppen, die gegen Mitglieder oppositioneller Parteien vorgehen, Streikposten und Demonstranten angreifen, Versammlungen politischer Gegner überfallen usw. Selbstverständlich sind die Home-Guards bewaffnet.

Schließlich wurde schon 1977 ein „Antiterrorismusgesetz" verabschiedet, nach dem Personen bis zu 18 Monate ohne Anklage und Prozeß inhaftiert werden können.

Seit 1983 ist es der Polizei und dem Militär erlaubt, ihre häufig anfallenden Leichen ohne Obduktion zu verscharren, d.h. der Folter steht kein öffentlicher Druck mehr im Weg.

Die Tamilen - Sri Lankas Juden

Alle diese Maßnahmen richten sich unterschiedslos gegen alle Werktätigen Sri Lankas!

Daß die wirtschaftliche Lage katastrophal ist, ist aus unserer Presse bekannt. Daß dort ein quasi Alleinherrscher mit einem auflösbaren Parlament mit faschistischen Gesetzen regiert, wird sorgsam verschwiegen. Über die „ethnischen Konflikte", ihre Ursachen und die Möglichkeiten ihrer Überwindung herrscht Ratlosigkeit.

Dabei ist die Sache doch so einfach. Man braucht nur einen kurzen Blick auf die eigene deutsche Geschichte zu werfen.

Jayewardene macht mit den Tamilen das, was die Hitlerfaschisten mit den Juden gemacht haben. Durch rassistische und chauvinistische Hetze in seiner Presse und im Schulunterricht (Jayewardene ist auch Minister für „Bildung") putscht er einen uralten Konflikt*, nämlich die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen tamilischen und sinhalesischen Königen vor 2000 Jahren hoch, um davon abzulenken, daß er es war, der sein Land in das wirtschaftliche und politische Chaos stürzte.

Schuld an allem und jedem sind die „Terroristen". Jedes Kind lernt,und in jeder Zeitung steht geschrieben, daß jeder Tamile Terrorist ist, daß die Tamilen insgesamt schon immer der Feind der Nation waren. Ihretwegen herrscht der Ausnahmezustand, ihretwegen mußten die Militärausgaben vervierzigfacht werden, ihretwegen sind „Sicherheitskräfte" allgegenwärtig.

Über 50 Millionen Tamilen auf dem indischen Festland, die nur darauf warten, gegen die 13 Millionen Sinhalesen loszuschlagen, von denen sie nur durch eine schmale Wasserstraße getrennt sind - an diesem Schreckensbild malt J.R. besonders gern.

Nun darf man aber auch unserer Presse nicht glauben, daß tatsächlich das gesamte sinhalesische Volk gegen die Tamilen mobilisiert werden konnte. Nein! Der Völkermord wird ausgeführt und zwar gnadenlos von den Streitkräften Jayewardenes, seinen paramilitärischen Truppen und den Home-Guards, vergleichbar mit der SA und der SS Hitlers.

Während die Regierung nach dem ersten großen anti-tamilischen Pogrom 1983 das Verbot der Links-Parteien ankündigte, da sie die „Drahtzieher" gewesen seien, geht die „International Commission of Jurists" in Genf davon aus, daß der Industrieminister J.R.s aktiv an der Planung der Massaker beteiligt war.

Auch die blutigen Auseinandersetzungen, die angeblich zwischen Moslems und Tamilen im April 1985 im Osten der Insel tobten, waren nach Augenzeugenberichten das Werk der „Special Task Force" (besonders ausgebildete und ausgerüstete Polizei). Daß sich den Ausschreitungen verhetzter sinhalesischer Mob anschließt, ist Ziel und Zweck der Regierungspolitik.

8000 Menschen sollen seit 1983 ermordet worden sein. Unzählige verschwinden täglich in Lagern, wo sie gefoltert werden. Die übrigen leben in ständiger Angst um ihr nacktes Leben, ihre Existenz ist in der Regel schon vernichtet. Den Tamilen wurde die Freizügigkeit genommen. In manchen Gegenden dürfen sie nicht einmal mehr Fahrrad fahren. Allein im letzten Februar und März wurden fünf Luftangriffe gegen tamilische Zivilbevölkerung geflogen.

Um den Widerstand in den tamilischen Gebieten besser in den Griff zu bekommen und natürlich auch, um die Differenzen zwischen den verschiedenen Volksgruppen anzuheizen, sollen nach einem Regierungsprogramm von 1985 200 000 bewaffnete (!) Sinhalesen in bisher von Tamilen bewohntes Gebiet umgesiedelt werden.

Natürlich radikalisiert die Regierungspolitik die am meisten Unterdrückten. Völlig zu Recht organisieren sich die Entschlossensten und Besten in den militanten Widerstandsgruppen. Sie wehren sich mit der Waffe in der Hand gegen ihren Holocaust, was natürlich auch in unserer Presse als „Terrorismus" diffamiert wird. Dabei fordern die Befreiungsbewegungen nichts weiter als die Beendigung der Feindlichkeiten gegen sie, den Stop der Umsiedlungspolitik und eine autonome tamilische Provinz vergleichbar mit der Stellung Südtirols in Italien. Solange sie das nicht bekommen, werden sie kämpfen.

Auf eine Anfrage des Südasienbüros in Wuppertal, wie sich die Gewährung von Entwicklungshilfe mit dem Völkermord in Sri Lanka verträgt, antwortete das Haus Warnke: „Die Bundesregierung wird die Frage der Einhaltung der Menschenrechte in Sri Lanka weiterhin im Auge behalten."

Das Bundesverwaltungsgericht entschied im letzten Jahr, daß die alleinige Verfolgung der tamilischen Minderheit auf Sri Lanka mit „pogromartigen Ausfällen für den einzelnen zwar menschlich tragisch", für einen rechtlichen Anspruch auf Gewährung von Asyl aber „ohne jede Bedeutung" sei (Aktenzeichen 9C 33.86). Stattdessen konnte der Finanzminister Sri Lankas im letzten Juni in Paris die Zusage über 703 Mio. Dollar Kredit vom „Sri Lanka Aid Consortium" entgegennehmen, dem unter anderen natürlich die BRD angehört.

**Fußnote: Schon die Engländer, die erst 1948 aus Sri Lanka abzogen, regierten nach dem Prinzip: Teile und herrsche. Sie gaben den Tamilen die besten Pfründe und Posten. Deshalb konnte auch der zuvor aussichtslose Salomon Bandaranaike (der Ehemann der späteren Präsidentin) 1956 die Wahl mit den Stimmen der Sinhalesen gewinnen, weil er versprach, die tamilische Sprache zu verbieten.*

sie der Company verkaufen, selbstverständlich zu diktierten Preisen. Da sie ihren traditionellen Anbau aufgeben müssen, haben sie keine Möglichkeit mehr, sich selbst zu versorgen und werden total abhängig von der „Sugar Company", der die lankanische Regierung generös einen Mindestabnahmepreis von 15 Rs. pro Kilo zugesagt hat, 1.40 Rs. über dem Weltmarktpreis.

Den teuren Zucker wird man natürlich nirgendwo los, also wird er zu überhöhten Preisen der einheimischen Bevölkerung zurückverkauft.

Das Paradies in der Südsee

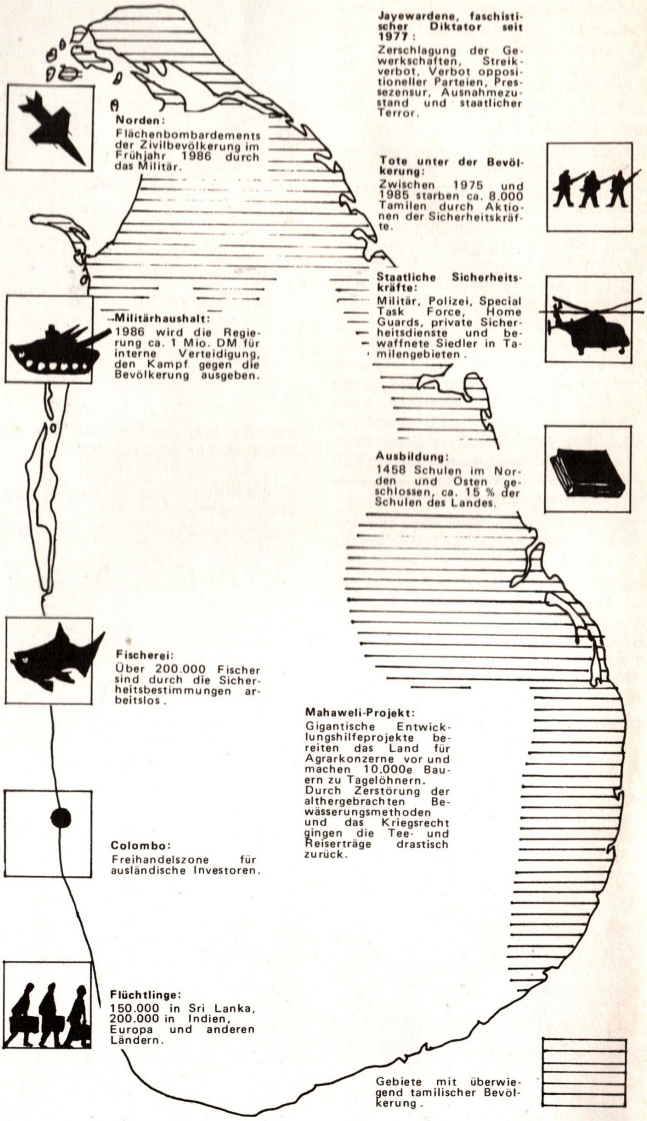
Für die multinationalen Konzerne sind die Zustände in Sri Lanka geradezu paradiesisch. Außer der wohlfeilen Veräußerung des Bodens schuf Jayewardene eine Freihandelszone, wo 100 % Steuerfreiheit bis zu zehn Jahren, freier Import für Maschinen und Rohmaterial und der freie Transfer von Gewinnen ins Ausland garantiert werden. Selbstverständlich wird hier nur für den Export produziert.

Vor der Gefahr einer eventuellen Verstaatlichung schützt die Verfassung von 1978 die ausländischen Investoren. An all diesen Projekten ist selbstverständlich das Land Sri Lanka selbst beteiligt, was voraussetzt, daß z.B. Sozialmaßnahmen in großen Umfang gestrichen werden mußten oder daß die Rupie gegenüber den „harten" Währungen abgewertet wurde, d.h. Begünstigung der ausländischen Importe und Steigerung der einheimischen Inflationsrate. Die Reichen Sri Lankas, die Aktionäre und Großgrundbesitzer verdienen kräftig mit. Zu ihnen gehört selbstverständlich die Familie Jayewardene.

Es war nicht immer so rosig auf der Insel. Bis 1977 regierte Frau Bandaranaike, die zwar auch Großgrundbesitzerin ist, aber z.B. einige soziale Reformen durchführte. Mit solchen Sentimentalitäten mußte natürlich Schluß sein. J.R. erteilte ihr kurzerhand Politikverbot, indem er die gewählte Abgeordnete aus seinem „Parlament" ausschloß.

Dann beglückte er 1978 sein Volk mit der schon erwähnten neuen Verfassung. Sie macht ihn zum Staatsoberhaupt, Kabinettsvorsitzenden, Oberbefehlshaber der Streitkräfte und gibt ihm das Recht, das Parlament aufzulösen und selber mehrere Ministerposten zu übernehmen. Die Verfassung sieht selbstverständlich die Einschränkung bürgerlicher Grundrechte im Interesse der nationalen Sicherheit vor.

Sri Lanka hatte eine lange gewerkschaftliche Tradition - bis J.R. kam.



Um die Ansiedlung ausländischen Kapitals zu fördern, schuf er den „Essential Services Act", ein Gesetz, mit dem er Streiks verbieten kann.

Einen für den 17.7.1980 ausgerufenen Generalstreik beantwortete er mit dem Ausnahmezustand. Alle gewerkschaftlichen Veranstaltungen wurden verbo-

30 Jahre KPD–Verbot

„Der Antikommunismus ist die Grundtorheit unseres Jahrhunderts."
Thomas Mann

1986 - 115. Geburtstag von Karl Liebknecht.
1986 - der Film „Rosa Luxemburg" bewegt Millionen Menschen.
1986 - 100. Geburtstag von Ernst Thälmann.
Alle drei waren Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands und deshalb wurden sie von den Militaristen und Faschisten ermordet.

1986 - Seit 30 Jahren ist die Partei, für die sie lebten, kämpften und starben, in unserem Land verboten. Am 17. August 1956 fällte das Bundesverfassungsgericht das Verbotsurteil gegen die KPD.

Was war damals los? Wie konnte es geschehen, daß nur wenige Jahre, nachdem die Kommunisten aus Hitlers Zuchthäusern und KZ's befreit wurden, sie in Adenauers Gefängnisse geworfen wurden?

Ohne Armee war der deutsche Imperialismus wie ein Platzhirsch ohne Geweih, und deshalb wurde bereits kurz nach dem Ende des 2. Weltkriegs die Wiederbewaffnung forciert. Als diese Pläne im Laufe des Jahres 1950 in der Öffentlichkeit bekannt wurden, regte sich sofort massiver Protest und Widerstand. Die KPD kämpfte am kompromißlosesten und entschlossensten gegen die Remilitarisierung.

Deshalb hatte die junge Republik bereits im September 1950 ihren ersten Radikalenerlaß. Am 19.9.1950 wurde vom Bundestag ein Gesetz verabschiedet, das die Entfernung aller Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst befahl. Mit preußischer Gründlichkeit wurden auch die Mitglieder aller Organisationen, die auch nur ansatzweise der Zusammenarbeit mit Kommunisten verdächtigt wurden, aus dem Staatsdienst entlassen. Schon einen Monat vorher, als die Diskussion über die Wiederbewaffnung die Öffentlichung zu erfassen begann, wurden 12 von 16 kommunistischen Tageszeitungen verboten. Hand in Hand mit der Bekämpfung der Kommunisten ging die offene Rehabilitierung der Faschisten. Mit dem am 5.11.51 vom Bundestag beschlossenen „Gesetz zur Regelung der unter Artikel 131 GG fallenden Personen", das die Wiedereinstellung aller im Zuge der Entnazifizierung Entlassenen zur Pflicht machte, wurden die ganzen alten Nazis wieder in Rang und Posten gebracht. Am selben Tag, als die Bundesregierung den Verbotsantrag gegen die KPD stellte, also am 22. November 1951, wurde der erste Entwurf des berüchtigten Generalvertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft vorgelegt. Am 24.1.1952 erging gemäß § 45 Bundesverfassungsgerichtsgesetz der Beschluß, das Verbotsverfahren gegen die KPD durchzuführen. Noch am gleichen Tag beschloß das Gericht, die Räume des Parteivorstandes und der Landesleitungen für Durchsuchungen freizugeben und die dort befindlichen Unterlagen beschlagnahmen zu lassen. Am 26.6. wurde dieser Beschluß auf die Räume von Privatpersonen erweitert. Trotzdem dauerte es noch fast 2 1/2 Jahre bis zum Beginn der mündlichen Verhandlung. Der Grund für diese Verzögerung war, daß der Zeitplan der deutschen und amerikanischen Imperialisten für die Bildung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch den verstärkten Kampf der Friedenskräfte in aller Welt erheblich gestört wurde. Das EVG-Projekt scheiterte vor allem am Widerstand des französischen Volkes, und um das gleiche Ziel - also die Wiederbewaffnung - in anderer Form, über die sog. Pariser Verträge zu erreichen, waren neue außenpolitische Vorarbeiten und Verhandlungen erforderlich. Folglich war die innenpolitische Vorbereitung der Wiederaufrüstung nicht mehr so drängend, und es wäre für Bonn auch wenig nützlich gewesen, sich durch ein vorzeitiges Verbot der KPD allzu früh offen in die Gesellschaft Franco-Spaniens oder anderer faschistischer Staaten zu begeben. Die

KPD-Plakat gegen die Remilitarisierung

beschleunigte Durchführung des Verbotsverfahrens wurde aber schlagartig erforderlich als die Pariser Verträge fertig gestellt waren und ihre Verwirklichung in der BRD durchgesetzt werden mußte. Am 23.11.1954, genau einen Monat, nachdem Adenauer die Pariser Verträge unterzeichnet hatte, wurde in Karlsruhe die Hauptverhandlung über den Verbotsantrag gegen die KPD eröffnet.

Im Sommer 1956 wurde dann die Farce von wegen Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der Gerichte vollends offensichtlich: Am 6. Juli 1956 beschloß der Bundestag die Wehrpflichtgesetze. Aber der Widerstand im Volk wuchs immer mehr, der Einfluß der Kommunisten wurde größer, während die polititsche Basis der CDU schrumpfte. Jetzt konnte Bonn nicht mehr warten. Am 21. Juli 1956 setzte die Adenauer-Regierung im Bundestag ein Gesetz durch, das wohl in der Rechtsgeschichte selbst imperialistischer Saaten einmalig ist. Mit dem „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht" wurde dem für das Verbotsverfahren bis dahin zuständigen Ersten Senat eine Frist zur Verkündung des Urteils gegen die KPD bis zum 31. August 1956 gesetzt. Andernfalls sollte die Urteilsfällung dem Zweiten Senat, vor dem die Sache überhaupt nicht verhandelt worden war, übertragen werden. Nach so viel Druck verkündete der Erste Senat termingerecht am 17. August 1956 das Verbot gegen die KPD. Noch während die Richter in Karlsruhe das Urteil verlasen, erfolgten bereits im ganzen Land die Verhaftungen von kommunistischen Funktionären. Zweck des KPD-Verbotsprozesses war es auch, das Potsdamer Abkommen endgültig „rechtmäßig" außer Kraft zu setzen. Es wurde im Jahr 1945 von den USA, Großbritannien und der Sowjetunion abgeschlossen und benannte ganz klar die deutsche Großindustrie als Kriegsverursacher und schrieb deshalb völkerrechtlich verbindlich die Zerschlagung der Monopole sowie die Entnazifizierung und Entmilitarisierung Deutschlands vor. Die KPD führte mit dieser Stoßrichtung den Kampf gegen den Hauptfeind im eigenen Land, und deshalb war sie für die Betreiber der Wiederaufrüstung so gefährlich.

Gesinnungsjustiz

Begründet wurde das Verbot damit, daß die KPD mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei, ohne daß auch nur ein einziger Gesetzesverstoß nachgewiesen wurde. Die Wissenschaft des Marxismus-Leninismus sollte verboten werden, und dieses Verbot sollte keineswegs auf die BRD beschränkt sein. Im Rheinischen Merkur, dem Sprachrohr des Bundeskanzlers, war am 18.9.1953 zu lesen:

„Das große Anliegen, von dem man wünschen möchte, daß es zielschnell und zielsicher angepackt wird, ist die endgültige Abtötung des Marxismus, die Entgiftung des Sozialismus, nicht nur in Deutschland, s o n d e r n a u s s t r a h l e n d n a c h E u r o p a." (Sperrung im Original)

Der Prozeßvertreter der Bundesregierung wollte sogar „den Beweis antreten, daß allein die Auflagenhöhe der klassischen Werke des Marxismus-Leninismus 931.000.000 beträgt." Der kleine Staat BRD gegen den milliardenstarken Marxismus-Leninismus auf der ganzen Welt - der Antikommunismus kennt keine Grenzen.

In dem Zeitraum von 1951 bis 1958 wurden ca. 200 demokratische und antifaschistische Vereinigungen verboten, als wichtigste seien genannt die Freie Deutsche Jugend (FDJ), die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und die Ausschüsse, die die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung durchführten. Ein Hauptmittel zur Unterdrückung des Widerstands gegen die Remilitarisierung sollte die politische Strafjustiz sein. Ein großer Teil der politischen Strafbestimmungen - vor allem in dem berüchtigten Blitzgesetz* vom 30. August 1951 - war aus dem Faschismus übernommen worden. Der kommunistische Bundestagsabgeordnete Walter Fisch erklärte bei der dritten Lesung des Blitzgesetzes am 11. Juli 1951 im Bundestag:

„Meine Damen und Herren! Überlegen Sie sich, welche Verantwortung Sie auf sich nehmen mit der Entscheidung über dieses Gesetz. Denken Sie daran, noch nie hat die Anwendung der Gewalt den Gang der Geschichte aufhalten können, auch nicht die Drohung mit Zuchthaus und Gefängnis. Sie behaupten wohl, es seien nur die sogenannten ‚Staatsfeinde', nur die Kommunisten davon betroffen. Das war auch schon 1933 so. Als nach der Brandstiftung vom 28. Februar das Gesetz ‚zum Schutz von Volk und Staat' erlassen wurde, da gab es auch einige, die meinten: Das sind ja nur die Kommunisten, die mit diesem Gesetz betroffen werden. Sie haben sich im Laufe der Jahre eines Schlechteren überzeugen lassen müssen! Sie haben sich davon überzeugen lassen müssen: Wenn man müßig zusieht, wie die Kommunisten, ein Teil des Volkes, der beste Teil des Volkes, rechtlos gemacht werden, dann übernimmt man die Mitverantwortung dafür, daß nachher alle anderen, die es wagen, einen eigenen Willen zu haben und Rückgrat zu zeigen, eben den gleichen Weg zu gehen gezwungen werden ... Meine Damen und Herren, vergessen Sie diese Lehre des Jahres 1933 nicht."

Walter Fisch behielt recht: Mit dem Gesinnungsstrafrecht wurde jegliche nicht genehme politische Meinung als kriminelles Unrecht verfolgt.

Nach normalem bürgerlichem Recht ist nur der Verstoß gegen geltende Gesetze strafbar. Bloßes Denken, Wünschen oder Wollen kann demnach nicht bestraft werden. Dieser elementare Grundsatz wurde außer Kraft gesetzt, indem massenhaft KPD-Mitglieder allein wegen ihrer kommunistischen Gesinnung bestraft wurden.

Der Kreis der Verfolgten wurde immer größer: Linke Sozialdemokraten, engagierte Gewerkschafter, aber auch z.B. evangelische Pastoren wurden in zunehmenden Maße Opfer der Bonner Justiz. Der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann schrieb 1959: „Es ist übrigens ein weitverbreiteter Irrtum, anzunehmen, die politische Justiz treffe nur Kommunisten. Der Kreis der Betroffenen wird immer größer und erfaßt auch Personen, die niemals zur KPD gehört oder ihr nahestanden."

Von der Regierung unterstützte Plakatkampagne gegen „kommunistische Saboteure" in den Betrieben.

In den Jahren 1951 bis 1961 leiteten die Staatsanwaltschaften ca. 200 000 Ermittlungsverfahren ein. Der Kreis der Betroffenen war aber wesentlich größer, bedenkt man, daß auch Familienangehörige, Freunde, Arbeitskollegen usw. vernommen und damit veräng-

---

* Mit diesem Gesetz vom 31.8.51 wurden knapp drei Monate vor dem Verbotsantrag wesentliche Teile des politischen Strafrechts von 1935 (!) wieder in Kraft gesetzt. Weil es in nur 7 Wochen im Bundestag durchgepeitscht wurde, bezeichnete man es als Blitzgesetz.

Demonstration am 31. Januar 1955 gegen das geplante KPD-Verbot.

stigt, eingeschüchtert und unter Druck gesetzt wurden.

Schon allein die Anfrage bei amtlichen Stellen über die Zahl der politischen Ermittlungsverfahren, die grundsätzlich geheim gehalten wurden, konnte zu polizeilichen Ermittlungen führen. Der Saarbrückener Strafrechtsprofessor Dr. Maihofer sagte in der Panorama-Sendung vom 4. Januar 1965: „Als wir bei den Vorarbeiten zu diesem Seminar feststellten, daß seit 1959 die Zahlen für die polizeilichen Ermittlungsverfahren in politischen Strafsachen aus den Statistiken verschwunden sind, richtete einer meiner Mitarbeiter, der über ein solches Thema promoviert, seine Anfrage an das Bundeskriminalamt; statt einer Antwort auf seine Nachfrage nach diesen statistischen Zahlen kam die politische Polizei ins Haus."

Diese gigantische Verfolgungsjagd hätte die Polizei allein aber nicht bewältigen können. Der Verfassungs„schutz", der auch heute jegliches demokratische Engagement überwacht und registriert, bekam mit dem KPD-Prozeß sein besonderes Gewicht als Geheimdienst des Innern. Diese Einrichtung ist übrigens durchaus nicht üblich in bürgerlichen Demokratien, wohl aber in faschistischen Staaten. Bezeichnenderweise haben viele Verfassungs„schützer" ihr Handwerk bei der Gestapo gelernt.

Hier nur wenige Beispiele der politischen Verfolgung:

– Der langjährige Betriebsratsvorsitzende der Schachtanlage Rheinbaben, Clemens Kraienhorst, wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er als Kommunist für gewerkschaftliche Forderungen (Verkürzung der Arbeitszeit, Bezahlung von Feierschichten) eingetreten war. Das Gericht wertete dies als „Fortsetzungstätigkeit für die verbotene KPD".

– In einem Lüneburger Prozeß wegen Zuwiderhandlung gegen das KPD-Verbot sagte der Staatsanwalt: „Straferschwerend kommt hinzu, daß der Angeklagte bereits wegen solcher Tätigkeit hart bestraft ist." Er meinte damit zwei Verurteilungen zu zwei bzw. fünf Jahren Zuchthaus aus den Jahren 1933 und 1940 wegen „Wehrkraftzersetzung".

– Das Landgericht Dortmund bestrafte 1960 einen Angeklagten, weil er „am 1. Mai 1959 eine rote Nelke oder Plakette (...) angesteckt (hatte), obwohl er wußte, daß sie aus Ost-Berlin stammte".

Insgesamt zu mehreren hundert Jahren Zuchthaus und Gefängnis wurden Kommunisten, aber auch sonstige Antifaschisten und Kriegsgegner verurteilt. Die Unterdrückung war damit aber noch lange nicht erschöpft: Aberkennung des aktiven und passiven Wahlrechts, Berufsverbot, Polizeiaufsicht, Beugehaft, Naziliteratur für politische Gefangene, Sippenhaft, Paßentzug, Entzug der Fahrerlaubnis, Aberkennung der Verfolgtenrente - alle diese Repressionen sind aufs Genaueste dokumentiert in dem Buch von Pfannenschwarz/Schneider: Das System der strafrechtlichen Gesinnungsverfolgung in Westdeutschland.

KPD-Verbot bedroht auch SPD und DGB

Nach dem Verbot der KPD wurden SPD und DGB angegriffen. Im Rheinischen Merkur vom 23.11.56 war zu lesen: „Man kann nicht die kommunistische Partei wegen gleicher Propaganda verbieten und dann dazu schweigen,

wenn Herr Wehner im ‚Vorwärts' als Anwalt der Volksdemokratie auftritt. Das KP-Verbot umfaßt nicht nur den mehr oder weniger getarnten Untergrund, sondern erst recht die offene Tätigkeit von Parlamentariern gegen die Substanz der freiheitlichen Demokratie." Und nachdem das Antragsrecht des Bundesinnenministers für einen Verbotsantrag hervorgehoben ist, schließt der Artikel mit der unmißverständlichen Aufforderung: „Das Wort hat der Bundesinnenminister".

Eine besonders massive Drohung mit Staatsanwalt und Verbot richtete der Bundeskanzler gegen die Gewerkschaften während des 8. Gewerkschaftstages der IG Metall, als er erklärte, „man müsse in Bonn gegebenenfalls prüfen, ob die Gewerkschaften nicht das Grundgesetz verletzen".

Deutlicher kann einem eigentlich nicht mehr vor Augen geführt werden, daß sich das Verbot der KPD gegen die gesamte Arbeiterbewegung richtet.

Welche Auswirkungen hat das KPD-Verbot bis heute?

1968 erreichte der Kampf gegen das KPD-Verbot seinen Höhepunkt. Der Forderung der Demokraten wie Gustav Heinemann, Prof. Abendroth, Prof. Ridder, Walter Fabian, Heinrich Hannover und vielen anderen mehr nach Aufhebung des KPD-Verbotes traten nun auch Bürgerliche wie Hans-Dietrich Genscher oder Wolfgang Mischnick bei.

„Das 1956 vom Bundesverfassungsgericht erlassene KPD-Verbot kann ohne allzu große Schwierigkeiten wieder rückgängig gemacht werden. Das KPD-Verbot ist im übrigen ohne Parallele in anderen freiheitlichen Staaten. In Spanien, Portugal und Griechenland freilich hält man es mit Verboten. Sollte uns solche Gesellschaft nicht nachdenklich stimmen?", so äußerte sich Genscher 1967 gegenüber der Illustrierten Stern. Freilich gab es damals auch Bestrebungen, die Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbotes zu verwässern. Im Oktober 1967 empfahl der damalige Außenminister Willy Brandt eine „Neugründung der KPD auf dem Boden des Grundgesetzes", die sich „staatsloyal" verhalten solle. (FAZ, 30.10.67)

Einer der Führer der verbotenen KPD, Max Reimann, stellte dazu fest: „Solange das KPD-Verbot besteht, wäre jede Neugründung von der Gnade des Verfassungsschutzes und der politischen Polizei abhängig, weil sie ständig unter dem Damoklesschwert des weiter geltenden KPD-Verbotes leben müßte. (...) Jede neugegründete marxistische Partei müßte immer damit rechnen, als Ersatzorganisation der verbotenen KPD aufgelöst zu werden. Ihre Führer und Mitglieder wären ständig von Verhaftungen und Anlagen bedroht."

Trotzdem gründete sich 1968 die DKP, dem Kampf gegen das KPD-Verbot, der zuvor gute Aussicht auf Erfolg hatte, wurde damit die Spitze abgebrochen. Die Chance, ein höchstrichterliches, „unanfechtbares" Urteil durch eine demokratische Massenbewegung zu kippen, wurde vertan.

Berufsverbote für Kommunisten und Demokraten

Das KPD-Verbot ist bis heute gültig, auch wenn es zur Zeit nicht zur Anwendung kommt. Aber trotzdem wirkt es sich bis heute bei der Einschränkung von demokratischen Rechten aus. Für einen Kommunisten ist es nach wie vor nicht möglich, z.B. Lehrer oder Richter zu werden. In unzähligen Fällen wird ein Berufsverbot auch damit begründet, daß nicht etwa der Betroffene Kommunist sei, sondern ihm wird eine Zusammenarbeit mit Kommunisten zum Vorwurf gemacht.

Die Sozialdemokratin Charlotte Nieß konnte in Bayern nicht Richterin werden. Das bayerische Justizministerium begründete 1975 die Ablehnung wegen der Zugehörigkeit von Charlotte Nieß zum Bundesvorstand der Vereinigung Demokratischer Juristen (VDJ), in der auch Kommunisten mitarbeiten.

Ihr Engagement gegen die Berufsverbote brachten der Augsburger Lehrerin Christina Lichtwarck selbst ein Berufsverbot ein. Als weitere Begründung diente ihre Mitarbeit beim Anachronistischen Zug 1980. In diesem Zusammenhang wurde Christina Lichtwarck vom zuständigen Regierungsbeamten aufgefordert, ihre Kontakte zu Kommunisten zu überprüfen.

Im Fall des Landesvorsitzender der DFG/VK in Bayern, Heinrich Häberlein, begründete das Verwaltungsgericht Ansbach das Berufsverbot folgendermaßen: Nicht nur, wenn ein Bewerber für den Staatsdienst die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" aktiv bekämpft, könne ihm die Übernahme in das Beamtenverhältnis verwehrt werden, sondern auch dann, wenn er der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gleichgültig gegenübersteht. Erst im Juli 1986 hat das Regensburger Verwaltungsgericht die Klage von zwei Mitgliedern des der SPD nahestehenden Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) abgewiesen, die ins Beamtenverhältnis übernommen werden wollten. In seiner Urteilsbegründung verwies das Gericht auf die engen Verbindungen des SHB zum MSB Spartakus und zur DKP.

Einschüchterung

Strammer Antikommunismus ist Pflicht, und so wird ein Klima der Einschüchterung erzeugt. Das geht so weit, daß - wie Ende der 70er Jahre bekannt wurde - die Entleiher von Büchern von Marx, Engels und anderen Kommunisten oder radikalen Demokraten damit rechnen müssen, daß ihre Daten von den öffentlichen Bibliotheken registriert und an den Verfassungs-„schutz" weitergeleitet werden.

Der Angriff auf die Meinungsfreiheit macht auch vor Literatur und Kunst nicht Halt. Der Nobelpreisträger Heinrich Böll wurde vom früheren SA-Mitglied und späteren Bundespräsidenten Carstens angegriffen, der am 12.12.74 in Duisburg verkündete: „Ich fordere die ganze Bevölkerung auf, sich von der Terrortätigkeit zu distanzieren, insbesondere auch den Dichter Heinrich Böll, der noch vor wenigen Monaten unter dem Pseudonym Katharina Blüm ein Buch geschrieben hat, das eine Rechtfertigung von Gewalt darstellt." (1. hat Heinrich Böll das Buch unter dem überaus verdächtigen Pseudonym Heinrich Böll geschrieben, 2. heißt der Titel „Die verlorene Ehre der Katharina Blum und 3. wendet sich das Buch gegen die schmutzigen Praktiken der Bild-Zeitung.)

Mitte 1976 wurde der § 88a (Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten) ins Strafgesetzbuch aufgenommen. Danach machte sich jeder strafbar, der in irgendeiner Weise an der Herstellung, Verbreitung, Bezug etc. inkriminierter Schriften beteiligt war. So wurden z.B. vier Drucker (!) der Firma Agit-Druck monatelang in U-Haft gehalten, weil sie einen Text gedruckt hatten, in dem Äußerungen der RAF dokumentiert waren.

Am 8. Juni 1977 beschlagnahmten Beamte des Bundesgrenzschutzes und der Kripo ca. 40 Buchtitel des Oberbaumverlages, darunter haufenweise wissenschaftliche Werke wie z.B. Schriften von Walter Mehring.

Nach massiven Protesten wurde 1981 dieser Paragraph wieder aufgehoben. Bayern hat im Bundesrat inzwischen einen Vorstoß unternommen, diesen Maulkorbparagraphen wieder einzuführen. Ebenso soll der sog. Gotteslästerungsparagraph verschärft werden. Jegliche Meinung, die die Kirche oder bigotte CSUler als Gotteslästerung empfinden, könnte dann für strafbar erklärt werden.

Gesinnungsjustiz ist nach wie vor an der Tagesordnung. So wurden z.B. die zwei ASK-Mitglieder Susanne Eichhorn und Brigitte Renkl wegen Beleidigung verurteilt, weil sie ein Transparent mit der Aufschrift „Strauß deckt Faschisten" getragen hatten. Nicht die Losung war der Grund für die Verurteilung, sondern die politische Gesinnung der beiden Frauen.

Aus dem Urteil: „Die beiden Frauen sind Mitglieder des sog. ‚Anti-Strauß-Komitee'. (...) Wie bereits ausgeführt, wurde diese Demonstration vom Anti-

Strauß-Komitee veranstaltet, eine Vereinigung, die den Nebenkläger als den Hauptvertreter der faschistischen Kräfte in der Bundesrepublik ansieht. Dieses Komitee und seine politischen Ziele sind dem politisch interessierten Bürger aus zahlreichen Aktionen und Veröffentlichungen in der Presse bekannt. (...) Bei der Strafzumessung konnte zugunsten der beiden Angeklagten berücksichtigt werden, daß sie beide nicht vorbestraft sind. Nicht strafmildernd wirkt sich hingegen ihr Geständnis aus. Dieses Geständnis ist nicht von Einsicht und Reue getragen. Die beiden Angeklagten setzen ihren politischen Kampf gegen den Nebenkläger auch weiterhin fort."

Das KPD-Verbot ist auch heute noch eine Bedrohung der Arbeiter- und der demokratischen Bewegung. 1976 forderte Dregger das Verbot der DKP, im Zuge der Terroristenhatz. 1977 wurde das Verbot des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD gefordert und im April 1986 meinte der Verfassungs-„schutz"-Präsident Ludwig-Holger Pfahls, daß die DKP gefährlicher sei als die RAF.

Eine für den 19.10.1985 geplante Protestdemonstration gegen die Haidhausener Massenverhaftung wurde vom Münchner Kreisverwaltungsreferat verboten. Als Verbotsbegründung müssen u.a. das Anti-Strauß-Komitee und der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD herhalten, sie seien eine „unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung."

Das ist der Versuch, nicht verbotenen Organisationen das Versammlungsrecht zu nehmen. Auf diese Art und Weise wird ein Organisationsverbot vorbereitet.

„Der Antikommunismus ist die Grundtorheit unseres Jahrhunderts"

schrieb der Schriftsteller Thomas Mann. Er war kein Kommunist, aber er hat erkannt, daß Demokratie und Gesinnungsfreiheit untrennbar miteinander verbunden sind.

Jede Schwächung der Kommunisten bedeutet zugleich eine Schwächung des antifaschistischen Kampfs. Die Kommunisten waren die Hauptkraft im Kampf gegen den Faschismus. Das soll heute mit allen Mitteln vergessen gemacht werden. So weigert sich z.B. die Westberliner CDU, am ehemaligen Reichstagsgebäude eine Tafel mit den Namen der von den Nazis ermordeten Reichstagsabgeordneten samt ihrer Parteizugehörigkeit anzubringen. Es wäre dann nämlich zu offensichtlich, daß aus den Reihen der Bürgerlichen kaum Widerstand geleistet wurde, während die meisten kommunistischen Abgeordneten im antifaschistischen Kampf ihr Leben gaben.

Es war ein Kommunist, der Bulgare Georgi Dimitroff - Hauptangeklagter im Reichstagsbrandprozeß-,der in der Schrift „Arbeiterklasse gegen Faschismus" den Klassencharakter des Faschismus analysierte und der die Strategie und Taktik des antifaschistischen Kampfs, so z.B. die Notwendigkeit der Einheitsfront zur Abwehr des Faschismus, theoretisch begründete.

Die BRD ist die einzige bürgerliche Demokratie in der Welt, wo die Kommunistische Partei verboten ist. Der Antikommunismus muß den Vorwand liefern für die Angriffe auf unsere demokratischen Rechte, so wie z.B. Strauß die brutalen Polizeieinsätze, das CS-Gas und die Gummiwuchtgeschosse damit rechtfertigt, daß „nach typischem kommunistischem Bürgerkriegsmuster Reizthemen zur Aufhetzung der Massen" gesucht werden. Unsere Antwort kann nur sein, gegen das KPD-Verbot und den Antikommunismus zu kämpfen, um die Demokratie zu verteidigen.

Wahlkundgebung der KPD auf dem Königsplatz in München mit anschließendem Fackelzug am 3.9.53

Buchtip:

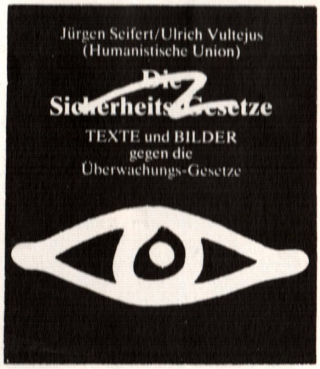
„Die Überwachungsgesetze"

von Jürgen Seifert und Ulrich Vultejus

Unter dem Titel ‚Die Überwachungsgesetze' haben Jürgen Seifert und Ulrich Vultejus eine Schrift herausgegeben, die sich gegen das von der Kohl-Regierung irreführenderweise als „Sicherheitsgesetze" bezeichnete Bündel von Gesetzesmaßnahmen wendet. Aufklärung tut immer Not, diese Informationen sind bitter notwendig:

Denn was da dem Bürger als mehr ‚Sicherheit' verkauft werden soll, ist im Grunde nichts anderes als die Sicherheit der Sicherheitsdienste, den Bürger durch totale Kontrolle verfolgen zu können: durch gegenseitige Unterrichtung der Verfassungsschutzbehörden, durch Übermittlung von Informationen über Personen vom Verfassungsschutz an öffentliche Stellen, oder Weitergabe von Fahrzeugdaten (Autonummern), sowie durch engste Zusammenarbeit von Grenzpolizei (BGS, Zoll), Verfassungsschutz und MAD (Militärischer Abschirmdienst).

Die Autoren sind alle Fachleute, als Juristen und Demokraten bekannt: Ulrich Vultejus (Richter sowie Bundesvorstand „Richter und Staatsanwälte in der ÖTV") weist auf die Verschiebung der Kräfte hin, die sich da im bürgerlichen Recht vollzieht, wenn sich Staatsapparate bestimmter Aufgaben ermächtigen, die bisher Sache der Justiz waren. Jürgen Seifert, Professor



an der Universität Hannover und Bundesvorsitzender der Humanistischen Union, zeigt drastisch auf, wie sich gegenüber dem Bundesverfassungsgericht solche „Sicherheitsapparate" verselbständigen: „Der Apparat sagt, was zu machen ist". Udo Kauß (Rechtsanwalt, Redaktion Bürgerrechte und Polizei CILIP) verweist in seinem Beitrag auf „ein hochexplosives Paket" von geplantem Personalausweisgesetz und Paßgesetz, das uns den maschinenlesbaren Paß / Ausweis bis 1987 bringen soll. Daß der Abbau demokratischer Rechte vor den Betrieben nicht halt macht, zeigt ein kurzer Beitrag von Birgit Gantz-Rathmann (Arbeitsrechtlerin und Referentin der SPD-Bundestagsfraktion) über Datenschutz im Betrieb.

In der knapp 60-seitigen Schrift werden die Texte abwechselnd mit Bildern eines Wettbewerbs zum Thema ‚Der Überwachungsstaat' gebracht, den die Humanistische Union aus Anlaß ihres 25-jährigen Bestehens für Nachwuchstalente ausgeschrieben hatte.

So soll der Versuch gemacht werden, „sachlich fundierte juristische und politische Kritik mit politischer Kunst zu konfrontieren" (a.d. Vorwort). In ihrer ‚Erklärung zu den Überwachungsgesetzen' am Ende des Bändchens formulieren die Humanistische Union, Autoren und weitere Unterzeichner: „Werden diese Gesetze beschlossen und ausgeführt, dann haben wir eine andere Republik". Wer aufmerksam gelesen hat und erkennt, wohin die Reaktion mit solchen Gesetzen will, wird sich fragen müssen: kann man das dann noch Republik nennen? Oder wie lange noch?

Die Überwachungsgesetze. Bilder und Texte herausgegeben von Jürgen Seifert und Ulrich Vultejus für die Humanistische Union, München.

Hamburg: Buntbuchverlag 1986

Strauß in Aktion

Familienstreit unter Naturwissenschaftlern

Na, was jetzt?

„Höffners Kompetenz bezweifelt" stand als Überschrift in der FR vom 18.9.86, „Höffner doch kompetent?" in der FR vom 19.9.96. Die CSU war hin- und hergerissen.

Wegen Kardinal Höffners sanfter Kritik an der „allergefährlichsten" Energie hatte der Fachmann Strauß (z.B. Ehrendoktor für chilenisches Recht) ihm die Kompetenz in Atomfragen aberkannt: „Um komplizierte naturwissenschaftliche und technische Fragen zu lösen, genügen nicht theologische Ausbildung und moralischer Ernst". Nachdem die Bischofskonferenz das etwas übel nahm, sah sich die CSU zu einem vorsichtigen Rückzieher genötigt: „Es wäre verfehlt, den Äußerungen von Strauß zu entneh-

men, er habe Höffner die moralische Kompetenz zu Äußerungen über die Kernenergie abgesprochen". (So die FR 19.9.86)

Zu arg will es die CSU mit den Hütern ihres Wählervolks nicht treiben, doch hat Strauß klar gezeigt, wo der Hase langläuft; solange die Kirche der CSU zuarbeitet, darf sie machen, was sie will: „Wer verkündet, daß die Nutzung der Kernkraft ethisch und moralisch nicht zu verantworten sei, liefert gewalttätigen Demonstranten und skrupellosen Terroristen eine pseudotheologische Rechtfertigung für ihre Verbrechen." (AZ 18.7.86)

Höffner hat sich auch sofort besonnen und der Gewalt abgeschworen. Er zeigte sich besorgt, daß der Staat von vielen als Verkörperung der Macht und als Herrschaftsinstrument der Etablierten abgelehnt wird. Nach christlichem Verständnis sei aber der Staat „der auf Recht und Macht gestützte oberste Garant des Gemeinwohls". So viel zur Gewaltfrage; und weil Höffner die moralische Kompetenz wieder hatte, legte er noch ein Zuckerl zu: Weite Kreise der Bevölkerung seien „von einem auffallenden Bestreben nach staatlicher Versorgung erfüllt". Dieser Entwicklung müsse der Sozialstaat mit einer Förderung der persönlichen Initiative begegnen. (FZ 23.9.) Eine Hand wäscht die andere.

Bayern für Gott und gegen Demos

Bayern hat am Freitag im Bundesrat zwei Anträge eingebracht: 1. schärfere Bestimmungen gegen Gotteslästerung"; 2. Wiederherstellung des Tatbestands „Landfriedensbruch". Vergelt's Gott. (TAZ 27.9.86)

„Wolfsangel" bei der Bundeswehr

Ein Verfahren gegen Neonazis wegen Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen wurde eingestellt, weil die Bundeswehr dieses Zeichen auch verwendet. Zwei Schüler verteilten am Münchner Stachus ein „Aktionsprogramm des Deutschen Blocks" auf dem die „Wolfsangel" abgebildet war, eine Rune, die an ein um zwei Balken verringertes Hakenkreuz erinnert. Weil dieses Symbol nicht nur von der „Freiwilligen Legion Niederlande" der Waffen-SS und der verbotenen „Jungen Front", sondern eben auch von der Bundeswehr im Wappen des Manövers „Trutzige Sachsen" im Herbst 85 verwendet wurde, wurde das Ermittlungsverfahren bei der Münchner Staatsanwaltschaft eingestellt. (SZ 4.9.86)

Ins (Un)reine gesprochen

Strauß im Bierzelt in Unterschleißheim:
Zum Thema GRÜNE: „Wenn deren Forderungen durchgehen, dann herrschen in Deutschland die Banditen."
Zum Thema Russen: „Wenn statt der NATO einem irrlichternden Neutralismus das Wort geredet wird, stehen die Russen bald am Atlantik."
Südafrika: „Wer in Südafrika den revolutionären Kräften Auftrieb gibt, der treibt uns in die wirtschaftliche Abhängigkeit von den Russen, denn die acht wichtigsten Rohstoffe der Welt werden je zur Hälfte in Südafrika und in der UdSSR produziert."

Wackersdorf: „Da sind wandernde Bürgerkriegsarmeen und gewalttätige Verbrecher am Werk. Ein Angriff auf die Entsorgung ist ein Angriff auf die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik."

Demokratie: „Die Tragik der kommenden Wahlen besteht darin, daß wir zum Siegen verdammt sind, oder es passiert irreparabler Schaden. Unsere Demokratie ist nur deshalb nicht voll funktionsfähig, weil es zur wahrlich nicht sehr glorreichen Regierung in Bonn keine Alternative gibt."
(In München schon, die Red.)

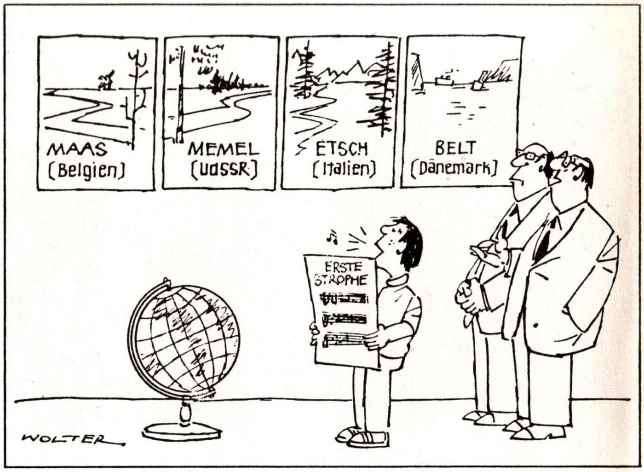
Armes Deutschland

Deutschland, das Deutschlandlied und die Deutsche Bank werden bei deutschen Sportlern beliebter (... wie kann man sein Kind nur Boris nennen?). Während Toni Schuhmacher die Nationalhymne bereits mit geschlossenen Augen singen kann, nehmen deutsche Professoren den Text genau unter die Lupe.

Weil der Ex-Fußballer und jetzige Kultusminister Mayer-Vorfelder trotzig bestätigte, daß es durchaus in seiner Intention liegt, wenn alle drei Strophen des Deutschlandlieds an baden-württembergischen Schulen einstudiert werden, mußten sich deutsche Intellektuelle etwas Wissenschaftliches aus den Fingern saugen.

So entdeckte der Tübinger Professor Eschenburg, daß die dritte Strophe gar nicht so aggressiv sei. Es gäbe sogar „klare defensive Passagen", wie „zum Schutz und Trutz beispielsweise". Golo Mann bescheinigt der deutschen Nationalhymne „zarteste Lyrik" und hält den Ausdruck „Deutschland über alles" für nicht so dramatisch: „Man sagt ja auch, daß man seine Frau über alles liebt." (Spiegel 30/86)

Wir wissen nicht, wie es Golo Mann mit seiner Frau hält, wir wissen aber, daß die, die am lautesten „Deutschland" geschrien haben, es nicht liebten. Ihre Liebe zu Deutschland galt mehr der Deutschen Bank.



„Auf diese Art lernt der Bengel wenigstens ein Stück Europa kennen"

Keine Gefahr mehr für WAA-Gegner: „Edelweiß 2"

„Edelweiß 2" antwortet nicht mehr

Der CSU Landtagsabgeordnete Erich Schosser forderte Innenminister Hillermeier brieflich auf, eine Polizeimedaille für solche Polizisten zu schaffen, die über das normale Maß hinaus ihren Dienst versähen. Einsätze gegen Gewalttäter bekämen zunehmend Gewicht. Oft werde die Gesundheit der Polizisten in Mitleidenschaft gezogen. Mindestens zwei Polizisten haben sich am Sonntag, den 7.9.86 für diese Medaille bereits qualifiziert.

Der erste Einsatz über das Maß hinaus ereignete sich in Wackersdorf. Die Besatzung eines Polizeihubschraubers versuchte, ein kleines Feuer am Bauzaun zu löschen, als sie einen Punker entdeckten (rothaarig, vermutlicher Steinewerfer) und sofort die Verfolgungsjagd aufnahmen. Im Ablauf der Jagd durch den Taxöldener Forst überquerte der Hubschrauber „Edelweiß 2" in Bodenhöhe einen Bahndamm und wurde von einem um die Kurve kommenden Triebwagen erfaßt. Triebwagen und Hubschrauber brannten völlig aus. Der Fahrgastraum des Triebwagens war glücklicherweise leer und auch der Fahrer konnte fliehen. Die fünf Polizisten im „Edelweiß 2" erlitten schwere Brandverletzungen.

Fast zur gleichen Zeit war „Edelweiß 9" mit der Verfolgung eines flüchtigen roten Mazda befaßt. Im Tiefflugslalom (so „Die Woche") trieb er das Auto zwischen den Wohnblocks der Regensburger Benzstraße, bis dieses schließlich in zwei parkende Autos krachte. Die Besatzung von drei Streifenwagen - ebenfalls an der Verfolgung beteiligt - zogen dann die Verbrecher aus dem Wagen: Einen schlotternden 17-jährigen Jungen ohne Führerschein und auf dem Beifahrersitz der Halter des Wagens, der, weil volltrunken, den anderen fahren ließ. („Die Woche", 11.9.86).

Ob Hillermeier die Polizeimedaille prägen läßt, ist noch nicht sicher. Allerdings hat er in weiser Voraussicht bereits nach den sogenannten „Pfingstkrawallen" in Wackersdorf einen Hubschrauber bestellt, Kostenpunkt: 4,8 Millionen für den Einsatz über das Maß hinaus. (SZ 3.7.86)

P.S.: Inzwischen ist der Hubschrauberpolizist im Krankenhaus gestorben. Eine eventuelle Medaille könnte nur posthum verliehen werden.

Ausgelutschte Bonbons

Strauß begründete seinen Entschluß, daß die CSU als einzige Partei keinen Vertreter zu der vom DGB-Landesbezirk Bayern angesetzten Diskussion über die gewerkschaftlichen „Wahlprüfsteine" entsendet hat: bei den gewerkschaftlichen Forderungen handele es sich um ausgelutschte Bonbons und außerdem seien zu der Diskussion auch die Grünen eingeladen.

So blieb glücklicherweise die DGB-Veranstaltung von der Anwesenheit von Gewerkschaftsfeinden verschont.

Mit Hilfstruppen nicht zimperlich sein

Dieser Anweisung von Strauß wird in Bayern brav nachgekommen. Auf eine Anfrage der SPD bestätigte Bayerns Innenminister Hillermeier, daß er im Gegensatz zu seinem nordrhein-westfälischen Kollegen nicht daran denke, die faschistische „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) zu verbieten. Er bestätigte weiterhin, daß 25 Mitglieder oder Sympathisanten am 17. Juni am Rande einer Kundgebung der Jungen Union in München Propagandamaterial verteilten. (SZ)

Strauß gegen „Guglhupfa"

Strauß fühlt sich durch eine Strophe des Nesselwang-Lieds der „Guglhupfa" beleidigt: „Oan gibt's, der früher vehement dem Nazigschwerl is nochegrennt. Heit sitzt er im Parlament, is Ministerpräsident". Der Anwalt der Guglhupfa, Rudolf Schöfberger, hat den Antritt des Wahrheitsbeweises für diese Aussage angeboten. Mitbeleidigt war auch der FC Bayern, bei dem die Guglhupfa zum Tag der offenen Tür eingeladen waren - die Volkssänger wurde nach Bekanntwerden der Beleidigungsklage wieder ausgeladen.

Kohlkopf ein Staatssymbol

Ein Beleidigungsverfahren wegen Verunglimpfung des Staats und seiner Symbole ist gestern gegen die Dekorateure eines Optiker-Geschäfts an der Schellingstraße eingeleitet worden. In der Auslage waren zwölf Kohlköpfe mit Brillen und ein Bild des Bundeskanzlers und seiner Frau ausgestellt. (SZ 21.8.86)

So sieht der Gummischrot aus.

Schießbefehl wird vorbereitet

Die bei nächtlichen Unruhen zu Anfang Juli in der Au (Münchner Stadtteil) eingesetzten Polizeibeamten (jugendliche Rowdies hatten Krawall gemacht) machten keinen Gebrauch von der Schußwaffe und gingen nicht mit voller Härte und den vom Polizeiaufgabengesetz zur Verfügung gestellten Zwangsmitteln vor.

Münchens Polizeipräsident Häring äußerte dazu, Zwangsmittel wie Schlagstöcke, Reizgas und eventuell auch Schußwaffen sollten in Zukunft früher eingesetzt werden. Das Verhalten der Beamten zeuge von „Feigheit und mangelndem Einsatzwillen."

„Ein paar sind schon da"

Mit dieser Bemerkung bestätigte Innenminister Hillermeier den Alleingang Bayerns. 40 Abschußgeräte für Gummigeschosse, wie sie bei den Jugendunruhen in Zürich „erprobt" worden seien, werden für Bayerns Polizei angeschafft. (SZ 3.7.86)

Der Landesbezirk Bayern der Gewerkschaft der Polizei begrüßte die Einführung als eine Art Nachrüstung, „damit sie den steinewerfenden, stahlkugelschießenden und brandstiftenden Chaoten nicht als lebender Wall schutzlos gegenüberstehen." (SZ vom 4.7.86)

Daß es mit Gummigeschossen schon schwerste Verletzungen und in Irland bereits 16 Tote gegeben hat, stört Hillermeier wenig: „Wir sollten uns nicht weinerlich um das Wohl und Wehe der Chaoten bemühen." Ein zumindest kleiner Trost kam vom Sprecher des Bundesinnenministers: „Besser als scharf zu schießen sind immer noch Distanzwaffen". (AZ 5.7.86)

Demoverbot für Ausländer

Bild fragt - Strauß antwortet

„Bild" wollte wissen, ob auch in Zukunft österreichische Demonstranten an der Grenze nach Bayern zurückgewiesen werden.
Dazu Strauß: „ Ich bin überhaupt dagegen, daß Ausländer in der Bundesrepublik demonstrieren. Sie sollten vom Demonstrationsrecht in ihren Heimatländern Gebrauch machen. Unsere Polizei ist ohnehin überlastet."

JU und Demonstrationsrecht

JU- Vorsitzender Sauter fordert ein völliges Demonstrationsverbot in der Nähe von Kernkraftanlagen (SZ vom 3.7.86).

Dies sei kein Verstoß gegen das Demonstrationsrecht, schließlich hätten die Vietnamdemonstrationen auch nicht in Saigon stattgefunden.

Nicht also das Interesse der CSU an einem ruhigen Bayernlande, sondern unsere eigenen Sicherheitsinteressen erfordern ein Demonstrationsverbot. Und vor allem, um Sauters Faden weiterzuspinnen, könnte man, da Kernkraftanlagen eine nicht gerade seltene Erscheinung sind, für Demonstrationen jeglicher Art einen sicheren Ort im hinteren Bayerischen Wald bestimmen, an dem diejenigen, die meinen, demonstrieren zu müssen, dies tun können (gefahrlos).

Ein ähnliches Verhältnis zu den Freiheitsrechten der Bürger zeigt die JU Landshut. In einem Flugblatt (Titel: Rent-a-demo) werden bei Ärger mit Behörden, Nachbarn, Vorgesetzten oder „diesem Scheißstaat" drei Kategorien von Demonstrationen zur Miete angeboten:

Die Mini-Demo, die Standard-Demo (30 Teilnehmer, teilweise vermummt) und die Super-Gala-Demo, 100 Teilnehmer, 15 Punker, drei Kleinkinder, zwei evangelische Pastoren sowie ein garantiert echter mittelamerikanischer Freiheitskämpfer. (NN 3.9.86)

Ein weiteres - dabei das einzig wirklich käufliche - Angebot wurde in der Mitteilung unterschlagen: die JU-Demo, bestehend aus 30 % Karrieristen, 30 % Revanchisten, 30 % Neonazis und einer totalen Birne.

BILD-Leser wissen mehr

„... Genscher wird von Franz-Josef Strauß nicht mehr persönlich angegriffen ..." (Bild 23.6.86)

Die armen Kinderlein

Nach der Sorge um das Ungeborene hat die CDU auch die Sorge um das junge Leben entdeckt. Der Bundesfachausschuß Familienpolitik warnt Mütter davor, ihre Kinder an den Wackersdorfer Bauzaun mitzunehmen, weil neben der physischen Bedrohung auch eine psychische Gefahr bestehe. Es sei nicht abzuschätzen, welche seelischen Konsequenzen alleine der Anblick von Gewalt haben könne. (FZ 9.7.86)

Spiele ohne Grenzen

Die CSU gedachte des Mauerbaus mit Goppel als Hauptredner: „Dieses Deutschland in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 besteht nach dem Völkerrecht fort. Das ist Rechtszustand und nicht das dumme Gerede von den sogenannten Realitäten."
Passend zu solchen revanchistischen Tönen war der Ort der Kundgebung: „ Bewußt hatte die CSU ihre Kundgebung zum Gedenken an den 25. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer an das Dreiländereck gelegt, wo Bayern, Hessen und Thüringen aneinandergrenzen." Mehr verrät der Bayernkurier nicht. Die Anhängerschaft von Strauß aber versteht die Symbolik: hatte doch Strauß einst dafür gesorgt, daß höchstrichterlich entschieden wurde, daß die Grenze zur DDR eine Grenze wie jede andere in der BRD ist, wie z.B. die zwischen Hessen und Bayern.
Die Junge Union setzte zusammen mit anderen Rechtsradikalen und Neonazis dieses Programm von Strauß in die Tat um (wenn sie dabei auch diesmal noch nicht nach Moskau vorgestoßen sind): sie „gedachten" des historischen Datums, indem sie mit einer Horde die Grenze zur DDR übersprangen und auf DDR-Gelände mit Nazi-Parolen und dem Zerreißen von DDR-Fahnen provozierten.

Selbstverständlich stand die westdeutsche Polizei diesem Treiben völlig tatenlos und „hilflos" gegenüber.

Keine Gefahr mehr für WAA-Gegner: „Edelweiß 2"

„Edelweiß 2" antwortet nicht mehr

Der CSU Landtagsabgeordnete Erich Schosser forderte Innenminister Hillermeier brieflich auf, eine Polizeimedaille für solche Polizisten zu schaffen, die über das normale Maß hinaus ihren Dienst versähen. Einsätze gegen Gewalttäter bekämen zunehmend Gewicht. Oft werde die Gesundheit der Polizisten in Mitleidenschaft gezogen. Mindestens zwei Polizisten haben sich am Sonntag, den 7.9.86 für diese Medaille bereits qualifiziert.

Der erste Einsatz über das Maß hinaus ereignete sich in Wackersdorf. Die Besatzung eines Polizeihubschraubers versuchte, ein kleines Feuer am Bauzaun zu löschen, als sie einen Punker entdeckten (rothaarig, vermutlicher Steinewerfer) und sofort die Verfolgungsjagd aufnahmen. Im Ablauf der Jagd durch den Taxöldener Forst überquerte der Hubschrauber „Edelweiß 2" in Bodenhöhe einen Bahndamm und wurde von einem um die Kurve kommenden Triebwagen erfaßt. Triebwagen und Hubschrauber brannten völlig aus. Der Fahrgastraum des Triebwagens war glücklicherweise leer und auch der Fahrer konnte fliehen. Die fünf Polizisten im „Edelweiß 2" erlitten schwere Brandverletzungen.

Fast zur gleichen Zeit war „Edelweiß 9" mit der Verfolgung eines flüchtigen roten Mazda befaßt. Im Tieffluglslalom (so „Die Woche") trieb er das Auto zwischen den Wohnblocks der Regensburger Benzstraße, bis dieses schließlich in zwei parkende Autos krachte. Die Besatzung von drei Streifenwagen - ebenfalls an der Verfolgung beteiligt - zogen dann die Verbrecher aus dem Wagen: Einen schlotternden 17-jährigen Jungen ohne Führerschein und auf dem Beifahrersitz der Halter des Wagens, der, weil volltrunken, den anderen fahren ließ. („Die Woche", 11.9.86).

Ob Hillermeier die Polizeimedaille prägen läßt, ist noch nicht sicher. Allerdings hat er in weiser Voraussicht bereits nach den sogenannten „Pfingstkrawallen" in Wackersdorf einen Hubschrauber bestellt, Kostenpunkt: 4,8 Millionen für den Einsatz über das Maß hinaus. (SZ 3.7.86)

P.S.: Inzwischen ist der Hubschrauberpolizist im Krankenhaus gestorben. Eine eventuelle Medaille könnte nur posthum verliehen werden.

Ausgelutschte Bonbons

Strauß begründete seinen Entschluß, daß die CSU als einzige Partei keinen Vertreter zu der vom DGB-Landesbezirk Bayern angesetzten Diskussion über die gewerkschaftlichen „Wahlprüfsteine" entsendet hat: bei den gewerkschaftlichen Forderungen handele es sich um ausgelutschte Bonbons und außerdem seien zu der Diskussion auch die Grünen eingeladen.

So blieb glücklicherweise die DGB-Veranstaltung von der Anwesenheit von Gewerkschaftsfeinden verschont.

Mit Hilfstruppen nicht zimperlich sein

Dieser Anweisung von Strauß wird in Bayern brav nachgekommen. Auf eine Anfrage der SPD bestätigte Bayerns Innenminister Hillermeier, daß er im Gegensatz zu seinem nordrhein-westfälischen Kollegen nicht daran denke, die faschistische „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) zu verbieten. Er bestätigte weiterhin, daß 25 Mitglieder oder Sympathisanten am 17. Juni am Rande einer Kundgebung der Jungen Union in München Propagandamaterial verteilten. (SZ)

Strauß gegen „Guglhupfa"

Strauß fühlt sich durch eine Strophe des Nesselwang-Lieds der „Guglhupfa" beleidigt: „Oan gibt's, der früher vehement dem Nazigschwerl is nochegrennt. Heit sitzt er im Parlament, is Ministerpräsident". Der Anwalt der Guglhupfa, Rudolf Schöfberger, hat den Antritt des Wahrheitsbeweises für diese Aussage angeboten. Mitbeleidigt war auch der FC Bayern, bei dem die Guglhupfa zum Tag der offenen Tür eingeladen waren - die Volkssänger wurde nach Bekanntwerden der Beleidigungsklage wieder ausgeladen.

Kohlkopf ein Staatssymbol

Ein Beleidigungsverfahren wegen Verunglimpfung des Staats und seiner Symbole ist gestern gegen die Dekorateure eines Optiker-Geschäfts an der Schellingstraße eingeleitet worden. In der Auslage waren zwölf Kohlköpfe mit Brillen und ein Bild des Bundeskanzlers und seiner Frau ausgestellt. (SZ 21.8.86)

So sieht der Gummischrot aus.

Schießbefehl wird vorbereitet

Die bei nächtlichen Unruhen zu Anfang Juli in der Au (Münchner Stadtteil) eingesetzten Polizeibeamten (jugendliche Rowdies hatten Krawall gemacht) machten keinen Gebrauch von der Schußwaffe und gingen nicht mit voller Härte und den vom Polizeiaufgabengesetz zur Verfügung gestellten Zwangsmitteln vor.

Münchens Polizeipräsident Häring äußerte dazu, Zwangsmittel wie Schlagstöcke, Reizgas und eventuell auch Schußwaffen sollten in Zukunft früher eingesetzt werden. Das Verhalten der Beamten zeuge von „Feigheit und mangelndem Einsatzwillen."

„Ein paar sind schon da"

Mit dieser Bemerkung bestätigte Innenminister Hillermeier den Alleingang Bayerns. 40 Abschußgeräte für Gummigeschosse, wie sie bei den Jugendunruhen in Zürich „erprobt" worden seien, werden für Bayerns Polizei angeschafft. (SZ 3.7.86)

Der Landesbezirk Bayern der Gewerkschaft der Polizei begrüßte die Einführung als eine Art Nachrüstung, „damit sie den steinewerfenden, stahlkugelschießenden und brandstiftenden Chaoten nicht als lebender Wall schutzlos gegenüberstehen." (SZ vom 4.7.86)

Daß es mit Gummigeschossen schon schwerste Verletzungen und in Irland bereits 16 Tote gegeben hat, stört Hillermeier wenig: „Wir sollten uns nicht weinerlich um das Wohl und Wehe der Chaoten bemühen." Ein zumindest kleiner Trost kam vom Sprecher des Bundesinnenministers: „Besser als scharf zu schießen sind immer noch Distanzwaffen". (AZ 5.7.86)

Demoverbot für Ausländer

Bild fragt - Strauß antwortet

„Bild" wollte wissen, ob auch in Zukunft österreichische Demonstranten an der Grenze nach Bayern zurückgewiesen werden.
Dazu Strauß: „ Ich bin überhaupt dagegen, daß Ausländer in der Bundesrepublik demonstrieren. Sie sollten vom Demonstrationsrecht in ihren Heimatländern Gebrauch machen. Unsere Polizei ist ohnehin überlastet."

JU und Demonstrationsrecht

JU- Vorsitzender Sauter fordert ein völliges Demonstrationsverbot in der Nähe von Kernkraftanlagen (SZ vom 3.7.86).

Dies sei kein Verstoß gegen das Demonstrationsrecht, schließlich hätten die Vietnamdemonstrationen auch nicht in Saigon stattgefunden.

Nicht also das Interesse der CSU an einem ruhigen Bayernlande, sondern unsere eigenen Sicherheitsinteressen erfordern ein Demonstrationsverbot. Und vor allem, um Sauters Faden weiterzuspinnen, könnte man, da Kernkraftanlagen eine nicht gerade seltene Erscheinung sind, für Demonstrationen jeglicher Art einen sicheren Ort im hinteren Bayerischen Wald bestimmen, an dem diejenigen, die meinen, demonstrieren zu müssen, dies tun können (gefahrlos).

Ein ähnliches Verhältnis zu den Freiheitsrechten der Bürger zeigt die JU Landshut. In einem Flugblatt (Titel: Rent-a-demo) werden bei Ärger mit Behörden, Nachbarn, Vorgesetzten oder „diesem Scheißstaat" drei Kategorien von Demonstrationen zur Miete angeboten:

Die Mini-Demo, die Standard-Demo (30 Teilnehmer, teilweise vermummt) und die Super-Gala-Demo, 100 Teilnehmer, 15 Punker, drei Kleinkinder, zwei evangelische Pastoren sowie ein garantiert echter mittelamerikanischer Freiheitskämpfer. (NN 3.9.86)

Ein weiteres - dabei das einzig wirklich käufliche - Angebot wurde in der Mitteilung unterschlagen: die JU-Demo, bestehend aus 30 % Karrieristen, 30 % Revanchisten, 30 % Neonazis und einer totalen Birne.

BILD-Leser wissen mehr

„... Genscher wird von Franz-Josef Strauß nicht mehr persönlich angegriffen ..." (Bild 23.6.86)

Die armen Kinderlein

Nach der Sorge um das Ungeborene hat die CDU auch die Sorge um das junge Leben entdeckt. Der Bundesfachausschuß Familienpolitik warnt Mütter davor, ihre Kinder an den Wackersdorfer Bauzaun mitzunehmen, weil neben der physischen Bedrohung auch eine psychische Gefahr bestehe. Es sei nicht abzuschätzen, welche seelischen Konsequenzen alleine der Anblick von Gewalt haben könne. (FZ 9.7.86)

Spiele ohne Grenzen

Die CSU gedachte des Mauerbaus mit Goppel als Hauptredner: „Dieses Deutschland in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 besteht nach dem Völkerrecht fort. Das ist Rechtszustand und nicht das dumme Gerede von den sogenannten Realitäten."
Passend zu solchen revanchistischen Tönen war der Ort der Kundgebung: „ Bewußt hatte die CSU ihre Kundgebung zum Gedenken an den 25. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer an das Dreiländereck gelegt, wo Bayern, Hessen und Thüringen aneinandergrenzen." Mehr verrät der Bayernkurier nicht. Die Anhängerschaft von Strauß aber versteht die Symbolik: hatte doch Strauß einst dafür gesorgt, daß höchstrichterlich entschieden wurde, daß die Grenze zur DDR eine Grenze wie jede andere in der BRD ist, wie z.B. die zwischen Hessen und Bayern.
Die Junge Union setzte zusammen mit anderen Rechtsradikalen und Neonazis dieses Programm von Strauß in die Tat um (wenn sie dabei auch diesmal noch nicht nach Moskau vorgestoßen sind): sie „gedachten" des historischen Datums, indem sie mit einer Horde die Grenze zur DDR übersprangen und auf DDR-Gelände mit Nazi-Parolen und dem Zerreißen von DDR-Fahnen provozierten.

Selbstverständlich stand die westdeutsche Polizei diesem Treiben völlig tatenlos und „hilflos" gegenüber.

Keine Gefahr mehr für WAA-Gegner: „Edelweiß 2"

„Edelweiß 2" antwortet nicht mehr

Der CSU Landtagsabgeordnete Erich Schosser forderte Innenminister Hillermeier brieflich auf, eine Polizeimedaille für solche Polizisten zu schaffen, die über das normale Maß hinaus ihren Dienst versähen. Einsätze gegen Gewalttäter bekämen zunehmend Gewicht. Oft werde die Gesundheit der Polizisten in Mitleidenschaft gezogen. Mindestens zwei Polizisten haben sich am Sonntag, den 7.9.86 für diese Medaille bereits qualifiziert.

Der erste Einsatz über das Maß hinaus ereignete sich in Wackersdorf. Die Besatzung eines Polizeihubschraubers versuchte, ein kleines Feuer am Bauzaun zu löschen, als sie einen Punker entdeckten (rothaarig, vermutlicher Steinewerfer) und sofort die Verfolgungsjagd aufnahmen. Im Ablauf der Jagd durch den Taxöldener Forst überquerte der Hubschrauber „Edelweiß 2" in Bodenhöhe einen Bahndamm und wurde von einem um die Kurve kommenden Triebwagen erfaßt. Triebwagen und Hubschrauber brannten völlig aus. Der Fahrgastraum des Triebwagens war glücklicherweise leer und auch der Fahrer konnte fliehen. Die fünf Polizisten im „Edelweiß 2" erlitten schwere Brandverletzungen.

Fast zur gleichen Zeit war „Edelweiß 9" mit der Verfolgung eines flüchtigen roten Mazda befaßt. Im Tiefflugslalom (so „Die Woche") trieb er das Auto zwischen den Wohnblocks der Regensburger Benzstraße, bis dieses schließlich in zwei parkende Autos krachte. Die Besatzung von drei Streifenwagen - ebenfalls an der Verfolgung beteiligt - zogen dann die Verbrecher aus dem Wagen: Einen schlotternden 17-jährigen Jungen ohne Führerschein und auf dem Beifahrersitz der Halter des Wagens, der, weil volltrunken, den anderen fahren ließ. („Die Woche", 11.9.86).

Ob Hillermeier die Polizeimedaille prägen läßt, ist noch nicht sicher. Allerdings hat er in weiser Voraussicht bereits nach den sogenannten „Pfingstkrawallen" in Wackersdorf einen Hubschrauber bestellt, Kostenpunkt: 4,8 Millionen für den Einsatz über das Maß hinaus. (SZ 3.7.86)

P.S.: Inzwischen ist der Hubschrauberpolizist im Krankenhaus gestorben. Eine eventuelle Medaille könnte nur posthum verliehen werden.

Ausgelutschte Bonbons

Strauß begründete seinen Entschluß, daß die CSU als einzige Partei keinen Vertreter zu der vom DGB-Landesbezirk Bayern angesetzten Diskussion über die gewerkschaftlichen „Wahlprüfsteine" entsendet hat: bei den gewerkschaftlichen Forderungen handele es sich um ausgelutschte Bonbons und außerdem seien zu der Diskussion auch die Grünen eingeladen.

So blieb glücklicherweise die DGB-Veranstaltung von der Anwesenheit von Gewerkschaftsfeinden verschont.

Mit Hilfstruppen nicht zimperlich sein

Dieser Anweisung von Strauß wird in Bayern brav nachgekommen. Auf eine Anfrage der SPD bestätigte Bayerns Innenminister Hillermeier, daß er im Gegensatz zu seinem nordrhein-westfälischen Kollegen nicht daran denke, die faschistische „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) zu verbieten. Er bestätigte weiterhin, daß 25 Mitglieder oder Sympathisanten am 17. Juni am Rande einer Kundgebung der Jungen Union in München Propagandamaterial verteilten. (SZ)

Strauß gegen „Guglhupfa"

Strauß fühlt sich durch eine Strophe des Nesselwang-Lieds der „Guglhupfa" beleidigt: „Oan gibt's, der früher vehement dem Nazigschwerl is nochegrennt. Heit sitzt er im Parlament, is Ministerpräsident". Der Anwalt der Guglhupfa, Rudolf Schöfberger, hat den Antritt des Wahrheitsbeweises für diese Aussage angeboten. Mitbeleidigt war auch der FC Bayern, bei dem die Guglhupfa zum Tag der offenen Tür eingeladen waren - die Volkssänger wurde nach Bekanntwerden der Beleidigungsklage wieder ausgeladen.

Kohlkopf ein Staatssymbol

Ein Beleidigungsverfahren wegen Verunglimpfung des Staats und seiner Symbole ist gestern gegen die Dekorateure eines Optiker-Geschäfts an der Schellingstraße eingeleitet worden. In der Auslage waren zwölf Kohlköpfe mit Brillen und ein Bild des Bundeskanzlers und seiner Frau ausgestellt. (SZ 21.8.86)

So sieht der Gummischrot aus.

Schießbefehl wird vorbereitet

Die bei nächtlichen Unruhen zu Anfang Juli in der Au (Münchner Stadtteil) eingesetzten Polizeibeamten (jugendliche Rowdies hatten Krawall gemacht) machten keinen Gebrauch von der Schußwaffe und gingen nicht mit voller Härte und den vom Polizeiaufgabengesetz zur Verfügung gestellten Zwangsmitteln vor.

Münchens Polizeipräsident Häring äußerte dazu, Zwangsmittel wie Schlagstöcke, Reizgas und eventuell auch Schußwaffen sollten in Zukunft früher eingesetzt werden. Das Verhalten der Beamten zeuge von „Feigheit und mangelndem Einsatzwillen."

„Ein paar sind schon da"

Mit dieser Bemerkung bestätigte Innenminister Hillermeier den Alleingang Bayerns. 40 Abschußgeräte für Gummigeschosse, wie sie bei den Jugendunruhen in Zürich „erprobt" worden seien, werden für Bayerns Polizei angeschafft. (SZ 3.7.86)

Der Landesbezirk Bayern der Gewerkschaft der Polizei begrüßte die Einführung als eine Art Nachrüstung, „damit sie den steinewerfenden, stahlkugelschießenden und brandstiftenden Chaoten nicht als lebender Wall schutzlos gegenüberstehen." (SZ vom 4.7.86)

Daß es mit Gummigeschossen schon schwerste Verletzungen und in Irland bereits 16 Tote gegeben hat, stört Hillermeier wenig: „Wir sollten uns nicht weinerlich um das Wohl und Wehe der Chaoten bemühen." Ein zumindest kleiner Trost kam vom Sprecher des Bundesinnenministers: „Besser als scharf zu schießen sind immer noch Distanzwaffen". (AZ 5.7.86)

Demoverbot für Ausländer

Bild fragt - Strauß antwortet

„Bild" wollte wissen, ob auch in Zukunft österreichische Demonstranten an der Grenze nach Bayern zurückgewiesen werden.
Dazu Strauß: „ Ich bin überhaupt dagegen, daß Ausländer in der Bundesrepublik demonstrieren. Sie sollten vom Demonstrationsrecht in ihren Heimatländern Gebrauch machen. Unsere Polizei ist ohnehin überlastet."

JU und Demonstrationsrecht

JU- Vorsitzender Sauter fordert ein völliges Demonstrationsverbot in der Nähe von Kernkraftanlagen (SZ vom 3.7.86).

Dies sei kein Verstoß gegen das Demonstrationsrecht, schließlich hätten die Vietnamdemonstrationen auch nicht in Saigon stattgefunden.

Nicht also das Interesse der CSU an einem ruhigen Bayernlande, sondern unsere eigenen Sicherheitsinteressen erfordern ein Demonstrationsverbot. Und vor allem, um Sauters Faden weiterzuspinnen, könnte man, da Kernkraftanlagen eine nicht gerade seltene Erscheinung sind, für Demonstrationen jeglicher Art einen sicheren Ort im hinteren Bayerischen Wald bestimmen, an dem diejenigen, die meinen, demonstrieren zu müssen, dies tun können (gefahrlos).

Ein ähnliches Verhältnis zu den Freiheitsrechten der Bürger zeigt die JU Landshut. In einem Flugblatt (Titel: Rent-a-demo) werden bei Ärger mit Behörden, Nachbarn, Vorgesetzten oder „diesem Scheißstaat" drei Kategorien von Demonstrationen zur Miete angeboten:

Die Mini-Demo, die Standard-Demo (30 Teilnehmer, teilweise vermummt) und die Super-Gala-Demo, 100 Teilnehmer, 15 Punker, drei Kleinkinder, zwei evangelische Pastoren sowie ein garantiert echter mittelamerikanischer Freiheitskämpfer. (NN 3.9.86)

Ein weiteres - dabei das einzig wirklich käufliche - Angebot wurde in der Mitteilung unterschlagen: die JU-Demo, bestehend aus 30 % Karrieristen, 30 % Revanchisten, 30 % Neonazis und einer totalen Birne.

BILD-Leser wissen mehr

„... Genscher wird von Franz-Josef Strauß nicht mehr persönlich angegriffen ..." (Bild 23.6.86)

Die armen Kinderlein

Nach der Sorge um das Ungeborene hat die CDU auch die Sorge um das junge Leben entdeckt. Der Bundesfachausschuß Familienpolitik warnt Mütter davor, ihre Kinder an den Wackersdorfer Bauzaun mitzunehmen, weil neben der physischen Bedrohung auch eine psychische Gefahr bestehe. Es sei nicht abzuschätzen, welche seelischen Konsequenzen alleine der Anblick von Gewalt haben könne. (FZ 9.7.86)

Spiele ohne Grenzen

Die CSU gedachte des Mauerbaus mit Goppel als Hauptredner: „Dieses Deutschland in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 besteht nach dem Völkerrecht fort. Das ist Rechtszustand und nicht das dumme Gerede von den sogenannten Realitäten."
Passend zu solchen revanchistischen Tönen war der Ort der Kundgebung: „ Bewußt hatte die CSU ihre Kundgebung zum Gedenken an den 25. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer an das Dreiländereck gelegt, wo Bayern, Hessen und Thüringen aneinandergrenzen." Mehr verrät der Bayernkurier nicht. Die Anhängerschaft von Strauß aber versteht die Symbolik: hatte doch Strauß einst dafür gesorgt, daß höchstrichterlich entschieden wurde, daß die Grenze zur DDR eine Grenze wie jede andere in der BRD ist, wie z.B. die zwischen Hessen und Bayern.
Die Junge Union setzte zusammen mit anderen Rechtsradikalen und Neonazis dieses Programm von Strauß in die Tat um (wenn sie dabei auch diesmal noch nicht nach Moskau vorgestoßen sind): sie „gedachten" des historischen Datums, indem sie mit einer Horde die Grenze zur DDR übersprangen und auf DDR-Gelände mit Nazi-Parolen und dem Zerreißen von DDR-Fahnen provozierten.

Selbstverständlich stand die westdeutsche Polizei diesem Treiben völlig tatenlos und „hilflos" gegenüber.

89. Deutscher Katholikentag findet nicht statt!

Caritas Christi urget nos

Mit sorgenvollen Blicken auf die Armut und Ungerechtigkeit in allen Teilen von Gottes Erde, hat die Deutsche Bischofskonferenz beschlossen, das Motto des 89. Deutschen Katholikentages in einzigartiger Weise zum Gefallen unseres Herrn Jesu Christi zu verwirklichen: Dein Reich komme!

Dein Reich der Gerechtigkeit und Liebe komme zu den Armen und Unterdrückten der Welt, die da in Ketten liegen und im Elend darben, doch nicht zu den Mächtigen, die im Reichtum schwelgen. Laßet uns selbst in Christo ein Beispiel geben, auf alle pompösen Veranstaltungen verzichtend den 89. Katholikentag absagen und die freigewordenen Güter (7 Millionen DM) den Bewegungen zur Verfügung stellen, die für Freiheit und Brot sich gegen ihre Unterdrücker erheben. Möge der heilige Geist diesem Beschlusse innewohnen!

anno domini 1986

Die Deutsche Bischofskonferenz

(gefälscht von der „Initiative Schützt die Demokratischen Rechte")

Plakat der „Initiative Schützt die Demokratischen Rechte" aus Aachen zum Deutschen Katholikentag
Von dieser urchristlichen Idee distanzierten sich die Bischöfe empört.

JETZT ERST RECHT!

Es sei ein todsicherer Wahlschlager, noch vor den Bundestagswahlen das Asylrecht weiter abzubauen, meint die CDU/CSU.

Und wer da bloß gegen eine Änderung des Grundgesetzes ist, der kämpft schon mit dem Rücken an der Wand gegen das Ungeheuerliche, das, wenn es gelingt, diese Republik nachhaltig verpesten wird: nämlich daß (wieder) mit Rassismus auf Stimmenfang gegangen werden kann.

Denn um nichts anderes handelt es sich, wenn in dem Land, das bei der Aufnahme von Emigranten in Westeuropa ziemlich an letzter Stelle steht, unter einer angeblichen »Überfremdung« gestöhnt und nach »Lösungen« der »Asylantenfrage« Ausschau gehalten wird.

Wer verhindern will, daß die CDU/CSU die nächste Wahl gewinnt, für den ist das uneingeschränkte Ja zum Asylrecht – samt dem Nein zu Lagern, Arbeitsverbot und anderen Diskriminierungen das Gebot der Stunde.

Denn wir sind nicht so übel, wie es die derzeit Regierenden gerne hätten – aber das müssen wir schon selber sagen.